

Berichte



2014

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Difu

4

Deutsches Institut für Urbanistik

	Standpunkt	22	Klimaangepasste Stadtplanung
2	Wo bleibt die Qualität in der Neubaudebatte?	22	Grenzüberschreitende und nationale Infrastrukturen
	Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen		Veranstaltungen und Fortbildung
4	Datenschutz und Informationsfreiheit	23	Deutscher Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden 2014
6	Neues Wohnen – Gemeinschaftliche Wohnformen bei Genossenschaften	23	SK:KK unterstützt vor Ort beim Beantragen von Fördergeldern
8	Kommunales Engagement in der Wohnraumförderung	24	Difu-Veranstaltungsvorschau
10	Baukulturbericht und Baukulturbarometer veröffentlicht	25	Konversionsflächen – Makel oder Anstoß zu nachhaltigen Strategien?
11	Wohneigentum – eine Chance für Stadtentwicklung und Integration!	26	Auf dem Weg zu einer kommunalen Beteiligungskultur
12	Umweltgerechtigkeit in der Stadt	27	Erster „Erfahrungsaustausch Bürgerbeteiligung“ in Nürnberg
14	Stadt und Armut im 19. Jahrhundert	28	Gartenschauen: Trends, Konzepte und Perspektiven
15	Nachhaltiges Wirtschaften	29	Die „Große Lösung“ in der Kinder- und Jugendhilfe
16	Geodatenbank für Straßenbrücken	30	Difu bei Urban Future-Konferenz
17	Nachhaltiger Verkehr in den Städten		Weitere Rubriken
18	Radverkehr in Deutschland	31	Neu im Difu-Inter- und -Extranet
19	Pendler: Weg vom Auto hin zum eBike	32	Difu aktiv-Ticker
20	Unternehmensstandorte zukunftsfähig entwickeln	33	Mediennachlese
	Neue Projekte	34	Impressum
20	Aktionsplan Flächensparen	35	Bestellschein
21	Koordinierte Unternehmensbefragung		

Wo bleibt die Qualität in der Neubaudebatte?!



Ricarda Pätzold
Foto: Annette Koroll

Fordert der Zeitdruck erste Opfer?

Die deutschen Großstädte stehen unter Wachstumsdruck: So sollen in Berlin in den kommenden zehn Jahren jährlich ca. 10 000 Wohnungen entstehen, in Hamburg 6 000 und in Stuttgart 1 800. Die weitere bauliche Verdichtung der Städte in Folge der sprunghaften Entwicklungsdynamik führt bereits zu Klagen über zunehmenden „Dichtestress“. Im Zentrum vieler städtischer Strategien steht die Sicherung und Schaffung bezahlbaren Wohnraums und damit das Ziel einer ausgegogenen, sozial gerechten Stadtentwicklung.

Ein Zeitreisender, der die letzten Jahre übersprungen hätte, würde sich erstaunt die Augen reiben und fragen:

„Die Städte galten doch als gebaut – oder doch nicht?“

Angesichts des demographischen Wandels und der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung spielten in den vergangenen Jahren die Wohnungsmärkte in der allgemeinen Wahrnehmung nur noch eine untergeordnete Rolle. Nach der Akzeptanz der Notwendigkeit des Wohnungsrückbaus in großen Dimensionen – der einen Paradigmenwechsel in der Stadtentwicklung darstellte – erschien es plausibel, dass die über Jahrzehnte bestimmenden quantitativen Herausforderungen als weitgehend gemeistert galten. Ausnahmen bildeten wirtschaftlich stark prosperierende Städte, die sich diesem Trend als Inseln anhaltender Wohnungsknappheit widersetzten. Mit Blick auf die ausgeglichenen Wohnungsmärkte schien ebenso das Zeitalter der Wohnungspolitik vorbei zu sein. In vielen Städten führte der Perspektivwechsel dazu, dass die zuständigen Verwaltungsressorts umstrukturiert bzw. Wohnungsämter in ihrer Ausstattung reduziert oder auch aufgelöst wurden.

Mit der sukzessiven Entspannung der Wohnungsmärkte öffneten sich aber auch Möglichkeitsräume (vgl. Häußermann/Siebel 1987) und so wurde ab 2005 – zuerst punktuell und mit vielen Ungewissheiten versehen – die Renaissance der Innenstadt beschrieben (Brühl et al. 2005). Aus der „Beschwörung“ ist mittlerweile ein stabiler Trend geworden. Dieser wird vor allem durch

steigende Zahlen von Studierenden, durch Familien, die nicht mehr ins Umland abwandern, und durch Senioren getragen. All diese Gruppen haben die Vorteile des urbanen Lebens wiederentdeckt: kurze Wege, Nutzungsmischung, Kontaktdichte. Zudem führen die schrumpfenden Haushaltsgrößen zu einem höheren Wohnflächenverbrauch pro Person. Insgesamt löste dies wiederum einen anhaltenden Nachfragedruck auf die Wohnungsmärkte aus, auf den die Angebotsseite nur sehr verzögert reagiert.

Die Rückkehr des Neubaus

Marktprozesse allein führten in den Städten vor allem zum Bau von hochpreisigem Wohnraum. Vielerorts wurden auch Flächen für innerstädtische Einfamilienhäuser – Townhouses – ausgewiesen, um in der Konkurrenz mit dem Umland bestehen zu können. Unter den seit 2001 neu errichteten Gebäuden war der Anteil der Mehrfamilienhäuser sehr gering (siehe Abbildung Baufertigstellungen in Deutschland). In den dynamischen Ballungsräumen droht mittlerweile durch den Mangel an preiswerten Mietwohnungen eine deutliche Verschärfung der sozialräumlichen Segregation. Darüber hinaus wird diskutiert, wann und inwiefern der Wohnungsmarkt zum limitierenden Faktor für die Stadtentwicklung insgesamt werden kann, etwa wenn potenzielle Zuwanderer keinen Wohnraum mehr finden. Auf jeden Fall würde eine neue entfachte Suburbanisierungswelle die Nachhaltigkeits- und Umweltziele wie das 30-ha-Ziel des Flächensparens konterkarieren.

Folgerichtig lautet die Aufgabe der Wohnungspolitik in Bund, Ländern und Kommunen, in Regionen mit großen Nachfrageüberhängen die Neubautätigkeit zu steigern. Und so kamen die Mengenziele zu bauender Wohnungen wieder auf die städtische Agenda. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob man sich in Zeiten der Ruhe nicht hätte besser auf diese Anforderung vorbereiten können. Doch das „Denken auf Vorrat“ bleibt ein faszinierender Gedanke, der sich bedauerlicherweise immer wieder als nicht praktikabel erweist. Die Vielfalt möglicher Zukunftsszenarien kann aufgrund begrenzter Ressourcen kaum strategisch-planerisch vorgedacht werden.

Was darf wie lange dauern?

Ohne dieses planerische „Ideen-Polster“ besteht jedoch die Gefahr des Rückfalls in etablierte, vermeintlich überkommene Denk- und daraus folgende Siedlungsmuster. Große Bauflächen unter der Ägide weniger Bauherren versprechen bessere Ergebnisse als die kleinteilige Innenentwicklung. Unter Zeitdruck wird die Debatte oft auf die Umsetzungsgeschwindigkeit und den Kostenrahmen reduziert. Zu anspruchsvoll und aufwändig – hinsichtlich materieller und zeitlicher Ressourcen – erscheint die Auseinandersetzung mit differenzierten Qualitätsansprüchen (z.B. Bauherrenvielfalt, Wettbewerbe).

„Quantität beim Bau bedeutet nicht automatisch Qualität, sondern oft das Gegenteil: Wenn in Boomzeiten die Käufer oder Mieter Schlange stehen, dann drohen Pfusch und hektische Billig-Produktion“ (Ettinger-Brinckmann 2014). Doch nicht nur mit Blick auf den Produktionsprozess ist die Harmonie von Qualität und Quantität ein hohes Ziel: Ginge es um den Aufbau von temporären Bauten, wären Korrekturen relativ problemlos vorzunehmen. Alle heute errichteten Wohngebäude und Wohnquartiere werden die Städte jedoch die kommenden Jahrzehnte mit prägen. Vergleiche zum ungleich höheren Wiederaufbautempo nach dem 2. Weltkrieg sind zudem eher rhetorischer Natur, denn Wohnungsnot und Wohnungsknappheit sollten nicht ohne Not vermengt werden. Was aber ist angesichts der Langlebigkeit von Gebäuden ein akzeptables Verhältnis von Planungszeit und Nutzungsdauer? Welche Folgekosten könnten vermieden werden, zöge man beispielsweise die Erfahrungen mit den andauernden Erneuerungsprozessen der in den 1970er-Jahren gebauten Großsiedlungen heran?

Geld, Zeit und Mut braucht es

Vor allem niedrige Herstellungskosten sollen für niedrige Mieten sorgen, doch wirkliche Einsparmöglichkeiten liegen in der Wohnfläche brach: Vor fünfzig Jahren beanspruchte eine Person im Durchschnitt 25 Quadratmeter Wohnfläche, heute sind es bereits mehr als 40, Tendenz steigend! Der wachsende Wohnflächenkonsum vernichtet die mühsam errungenen Einsparungen an Heizenergie. Das Ziel des Flächensparens wird schnell als Beschneidung persönlicher Freiheitsrechte aufgefasst, war doch der Zuwachs an Wohnfläche, das Überwinden beengter Wohnverhältnisse ein Grundanspruch der Moderne. Ein Umdenken ist notwendig: Was ist der Luxus der Flächenverfügbarkeit dem Einzel-

nen wert und welches Wohnmodell könnte das des 21. Jahrhunderts werden?

Viele der zeitgenössischen Stadtdiskurse (vgl. BDA 2014; Bundesstiftung Baukultur 2014; Maak 2014) zeigen zudem deutlich, dass es um weit mehr geht als um die reine Wohnungsversorgung, denn in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten sind diverse Eigenschaften der Städte neu entdeckt, gestärkt oder erfunden wurden. Dementsprechend hoch sind die Ansprüche an den Lebensraum Stadt gesteckt:

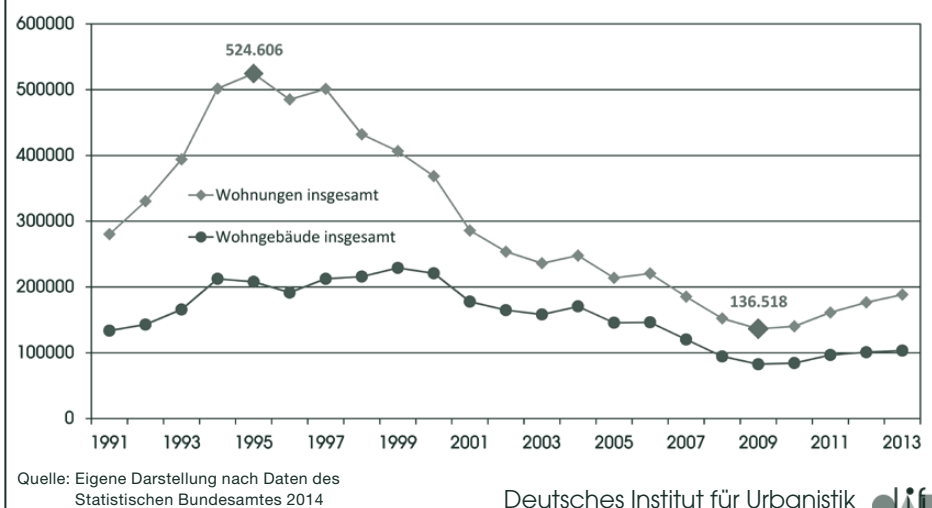
- Leben und Arbeiten sollen vereinbar sein (Funktionsmischung),
- der gesellschaftliche Zusammenhalt soll im Quartier gestärkt werden (soziale Vielfalt),
- Anpassungs- und Aneignungsprozesse sollen möglich sein (flexible Raumprogramme) und
- die Stadt soll städtisch sein, indem sie eine hohe Erlebnisdichte (Erdgeschoßzonen, Freiräume) ermöglicht.

Wie aber kann die Vielfalt und Robustheit der neuen Quartiere und der Stadt als Ganzes gesteigert werden? Garanten sind gewiss nicht überlange Planungsprozesse oder ausufernde Diskussionen. Freiräume müssen vielmehr für den Mut zu neuem Denken, zu Phasen des Probierens und ggf. Verwerfens geschaffen werden – auch für „leichte“ Gedanken, die nicht unbedingt im Takt des Massenwohnungsbaus entwickelt werden können.

Quellen und Tipps zum Weiterlesen:

- BDA – Bund Deutscher Architekten BDA, Landesverband Berlin e. V. (Hrsg.) (2014): Qualität und Quantität – Wohnungsbau mit Zukunft. Sechs Positionen zum Wohnungsbau in Berlin, Berlin.
- Brühl, Hasso, Claus-Peter Echter, Franciska Frölich von Bodelschwingh und Gregor Jekel (2005): Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance? Berlin (Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Bd.41).
- Bundesstiftung Baukultur (Hrsg.) (2014): Baukulturbericht. Gebaute Lebensräume der Zukunft – Fokus Stadt 2014/15, Berlin.
- Ettinger-Brinckmann, Barbara (2014): Es ist viel zu tun! Deutsches Architektenblatt (29. August 2014), Nr. 9 <http://bit.ly/1qQfdUJ>
- Häußermann, Hartmut, und Walter Siebel (1987): Neue Urbanität, Frankfurt a.M.
- Jekel, Gregor, Franciska Frölich von Bodelschwingh, Hasso Brühl und Claus-Peter Echter (2010): Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt, Berlin (Edition Difu, Bd.8).
- Maak, Niklas (2014): Wohnkomplex: Warum wir andere Häuser brauchen, München.
- Ring, Kristin und SenStadtUm (Hrsg.) (2013): Selfmade City, Berlin.

Baufertigstellungen in Deutschland (1991-2013)



Deutsches Institut für Urbanistik



Datenschutz und Informationsfreiheit in der Kommune

Neue Difu-Arbeitshilfe erschienen

Datenschutzgerechtes Handeln in der Kommune verlangt aufgrund der verfassungsrechtlich verankerten Bindung der Verwaltung an Recht und Gesetz die Beachtung bestehender Vorgaben. Aufgrund der Vielfalt und der Änderungsgeschwindigkeit einschlägiger Rechtsvorschriften sind die Mitarbeiter der Kommunen auf kompetente fachliche Unterstützung angewiesen.

Die völlig neu überarbeitete 4. Auflage der Difu-Arbeitshilfe bietet diese Unterstützung und dient zur Einarbeitung oder auch zur Auffrischung des Themas. Besonderes Augenmerk gilt hierbei dem allgemeinen und bereichsspezifischen Datenschutzrecht.

Die Arbeitshilfe vermittelt Lesern anhand vieler Schaubilder und Tabellen einen einprägsamen Grundriss des für Kommunen geltenden landesöffentlichen Datenschutzrechts und leitet sie strukturiert durch die unübersichtliche Materie. Sie beantwortet konkrete Fragen, die im täglichen Umgang der verantwortlichen Stellen mit datenschutzrelevanten Themen auftreten, etwa zu Telearbeit, Videoüberwachung oder auch zum Bereich der Befragungen.

Die Arbeitshilfe enthält eine anschauliche Einführung in die Gesetzessystematik und die Grundstrukturen des Datenschutzrechts, die neben der Frage nach der Zulässigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten insbesondere auch die technischen Themen „Audit und Zertifizierung“ sowie die Erstellung von „Sicherheitskonzepten“ einbezieht.

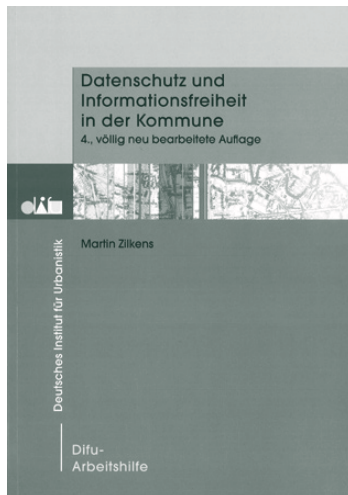
Ergänzt und konkretisiert wurde vor allem das Kapitel zum bereichsspezifischen Datenschutz, das einen praxisrelevanten Überblick über wesentliche in der Kommune relevante Bereiche liefert:

- Sozialdatenschutz
- Gesundheitsdatenschutz
- Betriebsärztlicher Dienst und Datenschutz
- Meldewesen und Datenschutz
- Datenschutz im Pass- und Personalausweiswesen
- Datenschutz im Personenstandswesen
- Ausländerdatenschutz
- Datenschutz in der Schule
- Schulpsychologische Beratung und Datenschutz
- Datenschutz bei der Ratsarbeit
- Datenschutz im Straßenverkehrswesen

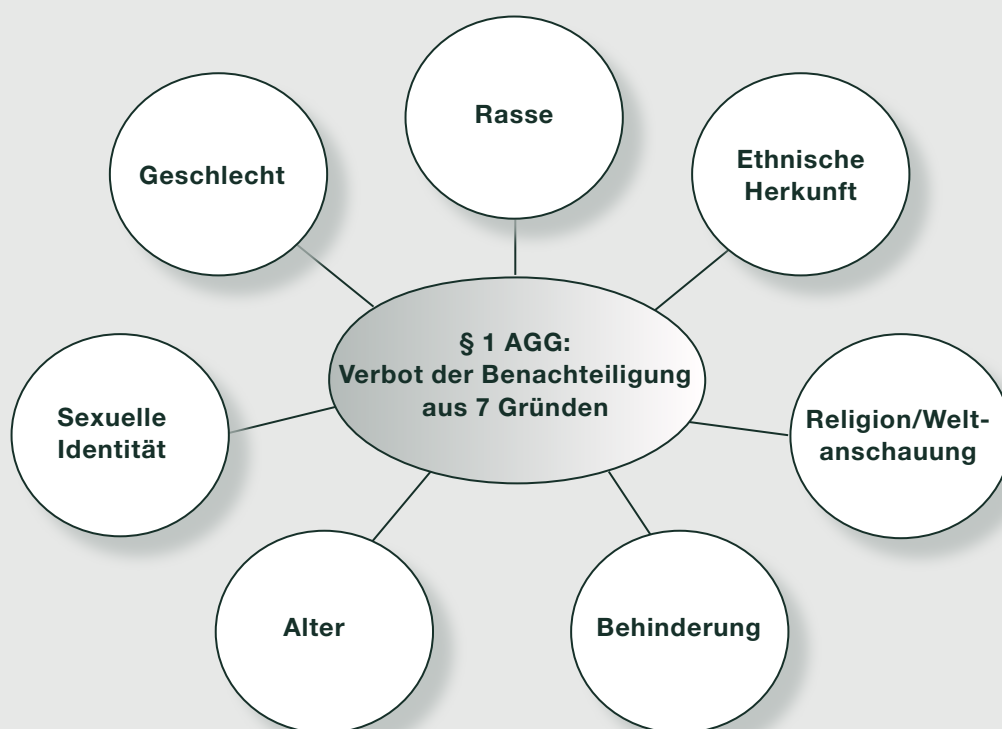
Neu aufgenommen wurden außerdem die aktuellen Themenbereiche „Mobile Datenverarbeitung“, „Soziale Medien“, „Cloud Computing“ und – im Rahmen des Beschäftigtendatenschutzes – die „Nutzung von Zeiterfassungssystemen“.

Neben der Kenntnis und Beachtung rechtlicher Grundlagen ist es wesentlich, die gebotenen technischen Vorkehrungen zu treffen. Arbeitsabläufe sind datenschutzgerecht zu organisieren. Notwendige Kontrollstrukturen sind effektiv aufzubauen. Eine Kompetenz in den nachfolgenden Themenfeldern ist erforderlich:

- Kenntnis der Rechtsgrundlagen des Datenschutzes auf europarechtlicher, nationalverfassungsrechtlicher, einfachgesetzlicher und untergesetzlicher Ebene,
- Beherrschung der Begriffe und Phasen der Datenverarbeitung sowie allgemeine Rechtsprinzipien und Instrumente des Datenschutzes auf Landesebene,



Die Benachteiligungsverbote des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)



Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz

Das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz ist kein spezifisches Datenschutzgesetz und enthält keine eigenständigen Regelungen zur Datenverarbeitung. Es soll einen umfassenden Schutz vor Diskriminierungen – insbesondere im Arbeitsleben – bewirken. Daraus ergeben sich für den Arbeitgeber datenschutzrechtliche Konsequenzen: Er muss erhobene Daten länger speichern, um im Streitfall eine benachteiligungsfreie Verhaltensweise beweisen zu können. Bestimmte Daten dürfen aus Gleichbehandlungsgründen überhaupt nicht erhoben werden.

- Verständnis der Strukturen des Landesdatenschutzrechts und Rechte der betroffenen Personen,
- Einführung in die Systematik bereichsspezifischer datenschutzrechtlicher Regelungskonzeptionen in kommunalen Aufgabenfeldern,
- Sensibilität für besondere Datenschutzthemen in der Kommune (z.B. Beschäftigtendatenschutz am Arbeitsplatz und bei Telearbeit, Befragungen, Videoüberwachung),
- Kenntnis der Grundlagen des organisatorischen und technischen Datenschutzes für den kommunalen Bereich,
- Organisation der Datenschutzkontrolle innerhalb der Kommune sowie die Funktion und die Aufgaben der Datenschutzkontrollbehörden.

Diese Kompetenzen durch präsenten und verfügbares Grundwissen zu vermitteln, ist Ziel der neuen Arbeitshilfe. Der Organisation und Implementierung des Datenschutzrechts

in die Arbeitsabläufe ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Darin werden die Aufgaben der Datenschutzbeauftragten erläutert, außerdem Modelle für eine Datenschutzorganisation, die Grundlagen der Vorabkontrolle und die bei der Führung eines Verfahrensverzeichnis wesentlichen Aspekte.

Umfangreiche Checklisten und Muster erleichtern die Gestaltung datenschutzgerechter Arbeitsabläufe in der kommunalen Praxis.

Insgesamt wird mit der Arbeitshilfe – bezogen auf die allgemeine datenschutzrechtliche Situation von Kommunen – eine Grundinformation gegeben, die wirksam dazu beiträgt, mit datenschutzrelevanten Sachverhalten sicher, gesetzesgerecht und angemessen umzugehen.

Weitere Informationen:

Dr. Martin Zilkens
Telefon: 0211/8921-322
E-Mail: vertrieb@difu.de
<http://bit.ly/1B2uVNo>

Bestellung:

siehe Bestellschein

Neues Wohnen – Gemeinschaftliche Wohnformen bei Genossenschaften

Weitere Informationen

Dipl.-Ing. Ricarda Pätzold
Telefon: 030/39001-190
E-Mail: paetzold@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Die Zahl gemeinschaftlicher Wohnprojekte in Deutschland wird laut Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) auf 500 bis 600 geschätzt. Davon wurde ca. ein Drittel in der Rechtsform der Genossenschaft umgesetzt. Unter gemeinschaftlichen Wohnprojekten versteht man Wohnformen, bei denen mehrere Haushalte an einem Wohnstandort jeweils in separaten Wohnungen leben, sich aber für das gemeinschaftliche Leben, eine gegenseitige Unterstützung oder die Verfolgung eines gemeinsamen Lebensgrundsatzes entschieden haben. Die Projekte werden in wesentlichen Bereichen durch die Bewohner selbst organisiert.

Trotz dieser Gemeinsamkeiten versammeln sich unter dem Label „Gemeinschaftliche Wohnformen“ äußerst vielfältige Lebensentwürfe. Sie reichen vom Leben und Arbeiten unter einem Dach über generationenübergreifende Wohnformen bis hin zu Gruppenwohnprojekten, auch für Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf. Der Anspruch spiegelt sich häufig bereits in den Namen der Projekte wieder – sie heißen „Allmeind“, „Leuchtturm“, „WohnArt“, „Wagnis“ oder „Lebendiges Wohnen“. Sie zielen eher auf inhaltliche Bedürfnisse des Wohnens als auf die bauliche Fassung und unterscheiden sich damit von landläufigen Immobilienprojekten. Die stetig wachsende Zahl an Projekten verbindet die Sehnsucht nach und das Erproben von neuen, anderen Formen des Zusammenlebens. Wohnprojekte stellen damit auch ein Gegenmodell zu den wahrgenommenen Individualisierungs- und Vereinzelungstendenzen der Gesellschaft dar bzw. formulieren eine eigene Antwort darauf.

Im Juni 2014 schloss das Difu ein Forschungsprojekt ab, bei dem es darum ging, eine möglichst flächendeckende Bestandsaufnahme gemeinschaftlicher Wohnprojekte in Deutschland, die die Rechtsform der Genossenschaft gewählt haben, zu erstellen. Das Hauptaugenmerk richtete sich auf deren Bewohnerstruktur und Zielgruppen, die Genese der Projektidee, Art und Umfang der gemeinschaftlichen Aktivitäten und die kommunalen Unterstützungsstrukturen für die Wohnform. Die Veröffentlichung der Forschungsergebnisse des im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) durchgeführten Projekts wird Dezember 2014 erscheinen.

Wohnprojekte in Alt- und Neu-Genossenschaften

Genossenschaftliche Wohnprojekte gliedern sich hinsichtlich der Genese, finanzieller Anforderungen an die Bewohnerschaft sowie der Bereitschaft und/oder Notwendigkeit eines hohen Anteils an Eigenleistungen in unterschiedliche Gruppen:

- Bei Projektgenossenschaften gibt es eine Einheit von Projekt und Genossenschaft, d.h. diese wird für die Umsetzung neu gegründet. Genossenschaftsmitglieder sind damit meist auch die Bewohner der Projekte.
- Bei den in etablierten Bestandsgenossenschaften realisierten Wohnprojekten ist dieses „nur“ ein Baustein des Wohnungsbestands und die Bewohner sind „nur“ eine Teilmenge der Genossenschaftsmitglieder. Eine besondere Stellung der gemeinschaftlichen oder selbstverwalteten Wohnprojekte innerhalb der Genossenschaft kann über Kooperationsverträge, Managementformen oder bauliche Besonderheiten zum Ausdruck kommen.
- Als weitere Variante existieren noch Dachgenossenschaften, bei ihnen werden selbstständige Hausprojekte Teil einer Genossenschaft.

Die Gründung einer Genossenschaft für die Realisierung eines gemeinschaftlichen Wohnprojekts ist eine relativ anspruchsvolle Aufgabe – sowohl aus rechtlich-organisatorischer als auch aus finanzieller Perspektive. Die Difu-Befragung zeigte, dass die Eigenschaften der Rechtsform einer Genossenschaft – Mitbestimmung, Demokratieprinzip – zur Gründung motivierten. Das Genossenschaftsmodell bietet damit auch dem Anspruch, gemeinschaftlich zu wohnen und auch zu entscheiden eine Grundlage. Natürlich spielten aber auch Aspekte der Sicherheit, wie der Schutz vor Eigentümerwechseln, die Sicherheit der Einlage und die Möglichkeit des Austritts, z.B. beim Wechsel des Wohnorts, eine wichtige Rolle.

Zielgruppen der Wohnprojekte

Die Hauptzielgruppe für gemeinschaftliche Wohnprojekte in Genossenschaften sind „mehrere Generationen“, d.h. Ältere und Familien oder Alleinerziehende, sowohl bei Projektgenossenschaften als auch bei Bestandsgenossenschaften. Das kann als eine Facette des Anspruchs „Wir Wohnen anders“

(vgl. Battke et.al. 2013) interpretiert werden, denn es geht um ein bewusstes Miteinander der Generationen und nicht ein zufälliges Nebeneinander. Projekte ausschließlich für Familien/Alleinerziehende bzw. nur für Ältere wurden nur in Bestands- und nicht in Projektgenossenschaften realisiert. Dies ist möglicherweise ein Hinweis darauf, dass zumindest reine Familienwohnprojekte oft in einer anderen Rechtsform als der eG (z.B. Wohneigentumsgemeinschaften) umgesetzt werden. Eine Ursache dafür ist in den zum Teil sehr langen Gruppenfindungs- und Planungsprozessen zu sehen. Junge Familien haben häufig einen hohen räumlichen Veränderungsdruck und können sich diese Zeit weniger nehmen. Dass sich Bestandsgenossenschaften vergleichsweise oft dem Wohnen für Ältere widmen, liegt daran, dass Traditionsgenossenschaften zunehmend gefragt sind, altersgerechte Angebote für ihre langjährigen Mitglieder zu schaffen.

Gemeinschaft leben

Bei den Projektgenossenschaften sind die Gruppenfindung sowie die Suche nach einem geeigneten Gebäude bzw. Grundstück ein konstituierender Schritt auf dem Weg zur Gemeinschaft. Die Projekte der Bestandsgenossenschaften formen sich je nachdem, ob die Genossenschaft das Projekt initiiert oder eine Projektgruppe bei der Genossenschaft „unterschlüpft“. Als wesentlicher Ausdruck und gleichermaßen als Voraussetzung des Gemeinschaftslebens werden Gemeinschaftsräume und/oder Höfe bzw. Gärten beschrieben. Diesen „Luxus“ leisten sich nahezu alle Projekte. Sie werden in der Regel über eine Umlage finanziert und sind dann Ausgangspunkt für viele der Aktivitäten – von Kaffeerunden über Feste bis zu Arbeitsgruppensitzungen. Neben den Gruppenaktivitäten entwickeln sich aber auch viele eher bilateral angelegte Beziehungsgeflechte und Unterstützungsstrukturen, wie Kinderbetreuung, Einkaufsgemeinschaften oder Haushaltshilfe. Entgegen der wahrscheinlich verbreiteten Außensicht, dass viele „Sozialromantiker“ in solche Projekte einziehen, sieht die Bewohnerschaft der Projekte Chancen und Grenzen des Zusammenlebens sehr realistisch. Niemand erwartet beispielsweise, dass alle miteinander eng befreundet sind (vgl. auch Gierse/Wagner 2012). Auch die Einschätzungen der Leistungsfähigkeit der Gemeinschaft hinsichtlich der Pflege im Alter sind sehr realistisch. Projekte, die sich dieses Themas annehmen, setzen eher auf die Zusammenarbeit mit professionellen Dienstleistern.

Wechselbeziehung zwischen Wohnprojekten und Kommunen

Die Befragungsergebnisse in Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern zeigten, dass Kommunen gemeinschaftlichen Wohnformen eine wichtige Rolle bei der Ergänzung und Ausweitung des Wohnungsangebots beimesen. Hingegen wird ihr Beitrag zur Schaffung und Sicherung preiswerten Wohnens als vergleichsweise gering bewertet. Hier wird der soziale Anspruch der Projekte vielleicht zum Teil unterschätzt, denn in der Hälfte der befragten Wohnprojekte gab es Wohnungen mit Belegungsbindungen. Durch den immer noch bestehenden Nischencharakter des gemeinschaftlichen Wohnens ist der quantitative Beitrag noch nicht sehr groß, aber auf qualitativer Ebene zeigt sich, dass es um weit mehr als die Perfektionierung des eigenen Lebensumfelds geht.

Kommunen können einen wichtigen Beitrag zur Bekanntheit dieser Wohnform sowie zu ihrer weiteren Verbreitung leisten. Wohnprojekte erhoffen sich konkret von Kommunen zügigere Genehmigungs- und Planungsverfahren sowie Beratungs- und Vernetzungsangebote. Auch Erwartungen allgemeiner Art – „sich nicht alles „gegen die Stadt“ erkämpfen zu müssen“ – wurden genannt. Die Unterstützungsstrukturen in Kommunen werden meist durch Anfragen von Wohnprojekten geschaffen, selten aus strategischen Erwägungen. In knapp 30 der an der Befragung beteiligten Kommunen wurden bereits eigene Beratungsstellen für gemeinschaftliches Wohnen – inklusive Baugemeinschaften – eingerichtet. Das Thema wurde damit als Baustein in die wohnungspolitischen Strategien eingebettet.

Ein Hauptproblem für Wohnprojekte und Genossenschaften in angespannten Wohn- und Bodenmärkten stellt die Grundstücksbeschaffung für den Wohnungsneubau dar. Die Grundstückspreise, die bei Grundstücksvergaben im Höchstbieterverfahren aufgerufen werden, liegen oft weit über deren wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Genossenschaften wollen bezahlbaren Wohnraum für ihre Mitglieder schaffen. Darüber hinaus übernehmen sie viele das Gemeinwesen stabilisierende Funktionen. Im Sinne einer sozialen Grundstückspolitik könnten Kommunen mit ihrer Grundstücksvergabe die Entwicklung des Angebots auf dem Wohnungsmarkt und die Mietpreise beeinflussen, indem sie z.B. Grundstücke im Wege der „Konzeptvergabe“ vergeben. Flankierend sollten die Vorteile für Vergaben im Erbbaurecht wieder stärker ins Kalkül gezogen werden.

Tipps zum Weiterlesen:

- BBSR (2012a): Mehrgenerationen-Wohnprojekte in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft. Bearbeitung: WohnBund-Beratung NRW GmbH in Kooperation mit Dr. Anja Szypulski, <http://bit.ly/135vrOI>.
- BBSR (Hrsg.) (2012b): Neues Wohnen in Genossenschaften – Fachtagung am 11. September 2012 in Köln, Bonn (BBSR-Berichte Kompakt 4/2012).
- Fedrowitz, Micha, Anja Szypulski und Wolfgang Kiehle (2012): Mehrgenerationen-Wohnprojekte in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft eG. BBSR-Forschungsvorhaben, unveröffentlicht.
- BBSR (Hrsg.) (Dezember 2014) Neues Wohnen – Gemeinschaftliche Wohnformen bei Genossenschaften, Bearbeitung: Difu Berlin, Bonn, <http://bit.ly/1GjD4A3> (in Vorbereitung)



Foto: Ricarda Pätzold

Kommunales Engagement in der Wohnraumförderung

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Franciska
Frölich v. Bodelschwingh
Telefon: 030/39001-245
E-Mail: froelich@difu.de

Dipl.-Ing. Ricarda Pätzold
Telefon: 030/39001-190
E-Mail: paetzold@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Nach Jahren scheinbarer Ruhe drängt „die Wohnraumfrage“ wieder auf die Tagesordnung: Nicht nur in München, sondern auch in Hamburg, Köln oder Berlin sowie vielen weiteren Städten unterschiedlicher Größe, wird sie neu gestellt. Im zurückliegenden Jahrzehnt bot der Markt vor allem Wohnungen für gehobene Einkommensklassen, während Belegungsbindungen der bis in die späten 1970er-Jahre errichteten Wohnungen ausliefen und Teile der kommunalen Wohnungsunternehmen privatisiert wurden. Mit steigender Attraktivität vieler Städte und den daraus resultierenden Wanderungsgewinnen sind zunehmend Engpässe im Segment der bezahlbaren Wohnungen zu verzeichnen, denn dort ist die Konkurrenz am größten. Die Nachfragekonkurrenz zeigt mancherorts bereits räumliche Wirkungen: Die Anzahl und Größe der Stadtquartiere, die den „Verlierern“ dieses Wettbewerbs offenstehen, wird sukzessive kleiner.

Viele fordern deshalb einen neuen sozialen Wohnungsbau. Diese Forderung richtet sich zunächst an den Bund und die Länder. Was aber ist mit den Kommunen?

In Wien begegnet man an jeder Ecke „Gemeindebauten“. An ihren Fassaden sind Tafeln angebracht, die detailliert über die Entstehungsgeschichte der Gebäude Auskunft geben. In Deutschland gibt es keine vergleichbare Tradition im kommunalen Wohnungsbau. In der Regel ist den meisten Gebäuden nicht anzusehen, mit welchen Mitteln ihr Bau finanziert wurde. Es gibt lediglich Anhaltspunkte, wie die Wohnungsgröße, Deckenhöhe oder Wohnungsausstattung als bauliche Auswirkungen der Richtlinien für den sozialen Wohnungsbau. Aber auch Einfamilienhäusern oder sonstigen Wohnbauten sieht man es an, wenn deren Bauherren sparen mussten. Im Rahmen der Wohnungsbauförderung des Bundes entstanden laut Mezler/Seyfried von 2002 bis 2014 über 2,5 Millionen gebundene Mietwohnungen und damit ca. zehn Prozent des Mietwohnungsbestands. 2012 gab es in der Bundesrepublik 1 538 742 Wohnungen mit Bindungen aus verschiedenen Programmen. Pro Jahr entstehen ca. 11 000 neue Sozialwohnungen, die Wegfälle der Bindungen aus früheren Programmperioden werden damit keinesfalls kompensiert. Angesichts einer (temporären) Entspannung der städtischen

Mietwohnungsmärkte wurde dann mit der Föderalismusreform I die Aufgabe der Wohnraumförderung 2006 vom Bund auf die Länder übertragen.

Die Anwendungsbereiche, Grundsätze, Fördergegenstände und Fördermittel werden durch Landesgesetze oder durch das Gesetz über die soziale Wohnraumförderung (WoFG) geregelt. Die Kommunen sind eingebunden, indem sie im praktischen Verwaltungsvollzug Beratungen über Möglichkeiten der Förderung durchführen, Förderanträge entgegennehmen und an die Bewilligungsbehörde weiterleiten. Zudem geben sie Stellungnahmen in städtebaulicher und wohnungswirtschaftlicher Hinsicht ab. Diese eher nachgeordnete Rolle versetzt die Kommunen damit nicht in die Lage „Gemeindebauten“ zu errichten. Daher haben sich bereits einige Kommunen entschieden, eigene Wohnraumförderprogramme aufzulegen. Die so entstandene Programmlandschaft ist im Hinblick auf ihre Ziele und Strategien überaus heterogen und bisher wenig systematisch untersucht.

Vor diesem Hintergrund hat das Difu 2013 bundesweit 567 Städte ab 20 000 Einwohnern (alle 189 Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern sowie eine Stichprobe von 378 Städten mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern) gebeten, sich an einer Online-Befragung zu wohnungsbaupolitischen Positionen und konkreten kommunalen Förderprogrammen zu beteiligen. 177 Kommunen nahmen an der Befragung teil, 45 Kommunen machten Angaben zu 64 kommunalen Wohnraumförderprogrammen. Grundsätzlich sind dabei Programme, die der Mietwohnraumförderung für definierte bedürftige Gruppen dienen, von Programmen zur Förderung des Wohneigentumserwerbs zu unterscheiden. Die inhaltliche Ausgestaltung der kommunalen Programme wird von den Erfordernissen des lokalen Wohnungsmarkts, den wohnungspolitischen Zielsetzungen und den finanziellen Möglichkeiten der Kommune bestimmt. Kommunale Programme zur Förderung des Mietwohnungsbaus für bestimmte Gruppen (z.B. Studenten, Einkommensschwache oder Senioren) finden sich vorrangig in Großstädten, während kleinere Städte meist ausschließlich Eigentumserwerb fördern. Die Umfrage zeigt, dass das Vorhandensein kommunaler Programme zur Wohn-

raumförderung, weitgehend unabhängig von durchschnittlichen Angebotsmieten, der Prosperität der Stadt oder der Lage in den neuen oder alten Bundesländern zu sein scheint. Einfluss hat jedoch die Größe der Stadt – über 80 Prozent der Städte mit mehr als 500 000 Einwohnern haben eigene Programme, während in den anderen Größenklassen meist keine eigenen Programme zur Wohnraumförderung genannt wurden.

Nach der Bedeutung verschiedener wohnungspolitischer Ziele befragt, maßen die beteiligten Städte dem Ziel, Familienhaushalte im Stadtgebiet zu halten, die höchste Bedeutung bei. Die Titel der Förderprogramme spiegeln dieses Ziel auch deutlich wider, denn in mehr als einem Drittel wird auf Familien oder Kinder Bezug genommen – Begriffe wie ‚Familienförderung‘, ‚Familienheime‘ oder auch ‚Kinderbonus‘ kommen oft vor. Dagegen wurde Zielen, wie „Abwanderung ins Umland verhindern“ oder auch „Wohneigentumsquote erhöhen“ eine – im Vergleich – geringere Bedeutung zugesprochen. An zweiter Stelle steht das Ziel der Stärkung der Innenentwicklung, gefolgt von den Zielen generationengerechte Wohnungsangebote sowie barrierefreie oder barrierearme Wohnungsangebote zu schaffen. Auch diese finden sich in Programmen wieder – allerdings nicht in der quantitativen Deutlichkeit der familienbezogenen Programme.

Wie diese Ziele umgesetzt werden, ist wiederum sehr unterschiedlich. Der inhaltliche Schwerpunkt der Förderprogramme der befragten Kommunen liegt deutlich auf der Wohneigentumsförderung – 40 Programme fördern die Eigentumbildung und nur 13 den Bau von Mietwohnungen. Innerhalb der Eigentumsförderung kommt dem Neubau mit 31 Programmen die Hauptrolle zu, wobei meist Einfamilienhäuser gefördert werden. Die Förderempfänger erhalten in der Regel Zuschüsse zum Eigentumserwerb oder Abschläge auf den Kaufpreis kommunaler Baugrundstücke – häufig steigt die Höhe der Fördersumme mit der Zahl der Kinder im Haushalt. In Kommunen mit Leerständen wird jedoch auch versucht, mit der Förderung Ziele der räumlichen Reorganisation (Stadtumbau) zu unterstützen oder Bestandsimmobilien zu vermitteln. Teilweise werden auch andere Wege der Familienförderung dem Themenfeld der Wohnraumförderung zugeordnet, wie zum Beispiel die Übernahme von Kita-Gebühren für diejenigen, die in der Gemeinde Wohneigentum bilden.

An die meisten dieser Förderprogramme ist eine Bindung gekoppelt. Am häufigsten wurde die Verpflichtung zur Selbstnutzung des

geförderten Wohnraums genannt. Bei Förderprogrammen im Mietwohnungssegment wurden ebenfalls sehr oft Mietpreis- und Belegungsbindungen angegeben.

Mit Blick auf eine „Arbeitsteilung“ zwischen Bund bzw. Land und Kommunen kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die kommunalen Förderprogramme in der Regel so konzipiert sind, dass sie die Landesprogramme entweder verstärken (besondere Problemlagen – Mietwohnungsmarkt etc.) und/oder ergänzen (Eigentumsförderung). Eine Kopplung an ein Bundes- oder Landesprogramm wurde nur für einen kleinen Teil der betrachteten Förderprogramme angegeben. In drei Fällen erfolgte eine Kopplung an ein Städtebauförderungsprogramm des Bundes und in zwölf Fällen eine Verknüpfung mit einem Landesprogramm.

Fazit: Wohnungsmarkt und Wohnungspolitik spielen in den meisten Kommunen eine wichtige Rolle und sollten als strategisches Aufgabenfeld betrachtet werden. Entsprechend viele stadtentwicklungspolitische Ziele sind damit verknüpft: Wohnraumförderung ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch der kommunalen Entwicklungsziele und -vorstellungen. Insofern ist sie kein „Exklusivanliegen“ wachsender Städte in Agglomerationsräumen.

Die Ergebnisse der Untersuchung, die im ersten Quartal 2015 als Difu-Paper veröffentlicht wird, zeigen, dass Wohnraumförderung ein sehr vielschichtiges Feld und die Bandbreite des Verständnisses von Wohnraumförderung in den Kommunen sehr groß ist. In Kommunen bestehen unterschiedliche Auffassungen darüber, was zu den Kerninhalten des Aufgabenfeldes gehört und welche Maßnahmen dem erweiterten Themenkreis zuzuordnen sind.



Foto: Arnt v. Bodelschwingh



Foto: Ricarda Pätzold



Baukulturbericht und Begleitband Baukulturbarometer veröffentlicht

Bericht beleuchtet Qualität der gebauten Umwelt und Herausforderungen für die Baukultur

Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks und Reiner Nagel, Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur bei der Übergabe des Baukulturberichts

Foto: Alexandra Roth

Wie ist es um die Qualität unserer gebauten Umwelt bestellt und was sind die aktuellen Herausforderungen für die Baukultur? Welche Konflikte und Hemmnisse erschweren die Gewährleistung bestimmter Qualitätsmaßstäbe in den Städten? Diesen und weiteren Fragen ging das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag der Bundesstiftung Baukultur in Zusammenarbeit mit der TU Berlin nach. Nachdem die Ergebnisse, die auch Handlungsempfehlungen beinhalten, im dritten Quartal der Bundesregierung und dem Bundestag vorgelegt wurden, sind sie nun als „Baukulturbericht 2014/15“ auch für die Öffentlichkeit zugänglich.

Neben der zunehmenden Individualisierung der Gesellschaft, der demografischen Entwicklung, dem Klimawandel und knappen Haushaltskassen zählen vor allem die unterschiedlichen Wachstumsdynamiken in Land und Kommunen zu den großen baukulturellen Herausforderungen. Der Baukulturbericht 2014/15 erfasst die derzeitige Lage in den jeweiligen Themenfeldern sowie die damit verknüpften baukulturellen Aufgaben. Gemischte Wohnquartiere, der öffentliche Raum und seine Infrastrukturen wie auch die Qualität der gängigen Planungsprozesse werden dabei besonders in den Fokus genommen.

Für die Bearbeitung wurde das Thema Baukultur aus ganz unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Erkenntnisse aus Fokusgruppengesprächen mit Experten verschiedener Disziplinen, aus einer Difu-Kommunalbefragung und einer von der forsa Politik- und Sozialforschung GmbH durchgeführten Bevölkerungsbefragung sind in den „Baukulturbericht 2014/15“ eingeflossen.

Gemeinsam mit der Bundesstiftung Baukultur hat das Difu die Umfrageergebnisse zusätzlich in einem „Baukulturbarometer – Begleitband zum Baukulturbericht 2014/15“ aufbereitet, themenspezifisch untersucht und erörtert. Viele Übereinstimmungen, aber auch abweichende Auffassungen und Widersprüche sind bei der Untersuchung zutage getreten. Diese werden jeweils vorgestellt und mit Expertenkommentaren ergänzt. Darüber hinaus liefert der Begleitband Hinweise auf unterschiedliche Einschätzungen je nach Region und Gemeindegröße sowie – mit Blick auf die Bevölkerung – auf altersspezifische Abweichungen unter den Befragten.

Die Veröffentlichungen liefern einen guten Überblick über besonders relevante Themen und Adressatengruppen, welche bei jeglichem Engagement in Sachen Baukultur berücksichtigt werden sollten.



Veröffentlichung online:

Der „Baukulturbericht 2014/15“ und das „Baukulturbarometer – Begleitband zum Baukulturbericht 2014/15“ können kostenlos heruntergeladen werden: www.bundesstiftung-baukultur.de.

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Daniela Michalski
Telefon: 030/39001-270
E-Mail: michalski@difu.de



Foto: Wolf-Christian Strauss

Wohneigentum – eine Chance für Stadtentwicklung und Integration!

Wirkt sich Wohneigentumsbildung positiv auf Stadtentwicklung und Integration aus? Dieser Frage ging das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, vertreten durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) nach.

Umfang und Entwicklung von selbstgenutztem Wohneigentum

Die Wohneigentumsquote in Deutschland liegt bei knapp 51 Prozent. Sie ist bei Menschen ohne Migrationshintergrund mit rund 55 Prozent deutlich höher als bei Personen mit Migrationshintergrund (rund 33 Prozent). Letztere haben in den vergangenen Jahren allerdings deutlich stärker Wohneigentum gebildet als Personen ohne Migrationshintergrund. Einige empirische Forschungsergebnisse im Überblick:

- Haushalte, in denen Menschen mit Migrationshintergrund leben, gibt es vorrangig in städtischen Regionen. Hier wird auch anteilig häufiger Wohneigentum gebildet als in Haushalten ohne Migranten. Kleine und mittlere Städte mit maximal 50 000 Einwohnern werden von Migranten als Wohnstandorte für die Wohneigentumsbildung bevorzugt.
- Unter den nicht-deutschen Staatsangehörigen der „Gastarbeiter-Zuwanderungsgruppen“ haben Personen mit italienischem Pass die höchste Eigentumsquote. In Deutschland lebende Personen mit türkischem Pass stellen in absoluten Zahlen zwar die größte Gruppe unter den Menschen mit Migrationshintergrund, im Hinblick auf die Wohneigentumsbildung liegen sie jedoch im Mittelfeld.
- Haushalte mit Migranten sind größer und die Bewohner jünger als in Haushalten ohne Migranten. Auch verfügen Erstere meist über ein geringeres Haushaltseinkommen.
- Haushalte mit Migranten beanspruchen eine durchschnittlich geringere Wohnfläche pro Kopf als Haushalte ohne Migranten. Der Immobilienerwerb führt jedoch dazu, dass sich die Wohnfläche vergrößert.
- Migranten erwerben ihr Wohneigentum häufiger in Gebieten mit einem höheren Anteil an ausländischer Bevölkerung. In Gebieten, in denen Personen ohne Migrationshintergrund Wohneigentum erwerben,

leben, leben vergleichsweise wenige Haushalte mit Migranten. Ein empirisch gestützter Rückschluss auf Intensität und Qualität der Kontakte innerhalb der Nachbarschaft lässt sich daraus jedoch nicht ableiten.

Wohneigentumsbildung stabilisiert benachteiligte Quartiere

Die Untersuchungsergebnisse belegen, dass mit der Wohneigentumsbildung von Zuwanderern vielfältige Chancen für die Stadtentwicklung verbunden sind. Allerdings ist hierfür weniger ausschlaggebend, dass Personen mit Migrationshintergrund Wohneigentum bilden, als dass dieses in bestimmten Quartieren gebildet wird. Positive Wechselwirkungen zwischen Eigentumserwerb und Quartiersentwicklung sind vor allem in Quartieren festzustellen, die Entwicklungsbedarf haben, als benachteiligt eingestuft werden oder um eine Zukunftsperspektive ringen. Insbesondere in Programmgebieten der Sozialen Stadt und des Stadtumbaus wurde die Wohneigentumsbildung von Haushalten mit Migranten für eine positive Zukunftsentwicklung genutzt. Durch ein vielfältiges Angebot an Mehr- oder Einfamilienhäusern sowie durch den Mix aus Miete und Wohneigentum konnten das Wohnangebot und Wohnqualitäten im Quartier verbessert werden. Leerstände ließen sich abbauen, Sanierungsstaus teilweise aufheben, und bauliche Aufwertungen wurden vorgenommen.

Des Weiteren bietet die Wohneigentumsbildung der Migranten Chancen für die Integration – besonders mit Blick auf die Verbesserung der Wohnverhältnisse bzw. individuelle Wohnsituationen. Diese mit Wohneigentum (sbildung) verbundenen Chancen für Stadtentwicklung und Integration werden in Städten und Gemeinden bislang allerdings zu wenig erkannt und genutzt. Dies sollte sich ändern! Die Ergebnisse der Untersuchung bekräftigen, dass die Chancen für Stadtentwicklung und Integration dann besonders groß sind, wenn Maßnahmen zur Unterstützung der Wohneigentumsbildung entwickelt werden, die an die Situation in dem jeweiligen Gebiet angepasst sind. Die in der Studie genannten Handlungsempfehlungen geben Tipps und weisen hierfür einen Weg.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse ist im Difu-Paper veröffentlicht, der komplette Endbericht steht online bereit.



Weitere Informationen:

Dr. rer. soc Bettina Reimann
Telefon: 030/39001-191
E-Mail: reimann@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Endbericht online:

<http://bit.ly/1qq7GvD>



Impressionen aus der Fallstudie
Fotos: Bettina Reimann

Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum

Umweltgerechtigkeit gewinnt auch in deutschen Städten zunehmend an Aufmerksamkeit. Hintergrund ist die Tatsache, dass bestimmte Quartiere und deren Bewohnerschaft mehrfach belastet sind: durch gesundheitsrelevante Umweltprobleme und soziale Benachteiligungen. Die Vermeidung und Minderung solcher Umweltbelastungen in diesen städtischen Gebieten und die Gewährleistung eines gerechten Zugangs zu Umweltressourcen sind wesentliche Ziele von Umweltgerechtigkeit. Strategien zur Umsetzung dieser Ziele fehlen in der kommunalen (Planungs-)Praxis jedoch noch häufig.

Von Anfang 2012 bis Herbst 2014 führte das Difu mit Förderung des Umweltbundesamtes (UBA) und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) das Forschungsvorhaben „Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum“ durch. Ziel war es, Grundlagen und Empfehlungen zu erarbeiten, um das neue Thema Umweltgerechtigkeit im kommunalen Handeln zu verankern. Dafür wurden verschiedene Arbeitsschritte abgeschlossen: zwei Expertisen zu integrierten Monitoringansätzen sowie zu Verfahren und Instrumenten, kommunale Fallstudien, eine Fachtagung, ein Planspiel mit Kommunen. Für ein systematisches Vorgehen der Kommunen zur Schaffung von mehr Umweltgerechtigkeit haben sich dabei unter anderen die folgenden Handlungsbereiche als zentral herausgestellt.

Integriertes Verwaltungshandeln

Integriertes Verwaltungshandeln kann als „Dreh- und Angelpunkt“ für ein systematisches Vorgehen zur Schaffung von mehr Umweltgerechtigkeit angesehen werden. In diesem Handlungsbereich stellt sich die Herausforderung, unterschiedliche Ressorts (u.a. Stadtentwicklung/Stadtplanung, Umwelt/Grün, Gesundheit) und Akteure zusammenzuführen und zu koordinieren. Es geht darum, gemeinsam

- sozialräumliche Ungleichheiten mit Blick auf Umweltqualität sowie die soziale und gesundheitliche Lage zu erfassen, zu beobachten und auf dieser Grundlage städtische Teilräume mit Mehrfachbelastungen zu identifizieren,
- Schnittstellen zum und Andockpunkte für das Thema Umweltgerechtigkeit in laufenden (Planungs-)Prozessen zu ermitteln,

- Maßnahmen und Projekte zur Vermeidung und zum Abbau der räumlichen Konzentration gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen sowie zur Gewährleistung eines sozialräumlich gerechten Zugangs zu Umweltressourcen abzustimmen und umzusetzen,
- kommunale Ressourcen und Fördermittel bedarfsgerecht und gebietsbezogen einzusetzen und
- die gebietsbezogenen Aktivitäten in eine gesamtstädtische Entwicklungspolitik einzubetten.

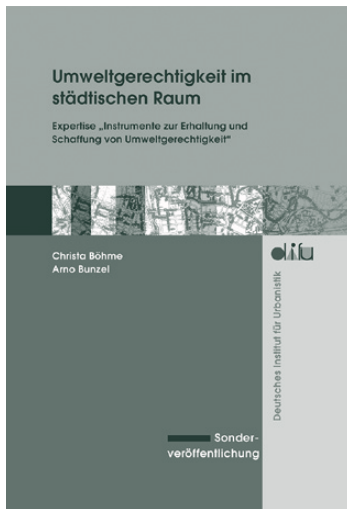
Politische Verankerung

Das politische „Wollen“ ist Grundvoraussetzung dafür, dass bei den von der Kommunalpolitik zu treffenden Entscheidungen über räumliche und inhaltliche Präferenzen Maßnahmen zur Schaffung von mehr Umweltgerechtigkeit mehrheitsfähig sind. Es ist daher wichtig, kommunalpolitische Akteure von der Notwendigkeit eines integrierten Vorgehens zum Thema Umweltgerechtigkeit so zu überzeugen, dass sie hierfür finanzielle und personelle Ressourcen bereitstellen und das Thema auf die politische Agenda setzen. Strategische Bausteine zur Erlangung einer solchen Vereinbarung der kommunalpolitischen Akteure können unter anderem sein:

- Aufbereitung relevanter Informationen und Daten (Monitoring) sowie Kommunikation der Ergebnisse im politischen Raum,
- Schaffung einer ausreichenden Sensibilität kommunalpolitischer Akteure für die mit dem Thema verbundenen Ziele,
- Öffentlichkeitsarbeit und Öffentlichkeitsbeteiligung mit Blick auf die Wechselwirkung zwischen der öffentlichen Meinung und dem politischen Willensbildungsprozess.

Monitoring

Zentrale Basis für die Vermeidung und den Abbau der sozialräumlichen Konzentration gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen ist zunächst eine entsprechende Bestandsaufnahme in der Stadt. Ziel einer solchen Bestandsaufnahme ist es, unter Berücksichtigung gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen und sozialer Benachteiligungen mehrfach belastete Teilräume in der Kommune zu identifizieren. Notwendig ist hierfür ein Monitoring, das relevante Merkmale der



Expertise „Instrumente zur Erhaltung und Schaffung von Umweltgerechtigkeit“

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=AR20619P>



Zusammenfassung des Abschlussberichts

<http://bit.ly/1AbrByk>

Sozialstruktur, der Umweltqualität und der gesundheitlichen Lage kleinräumig abbildet.

Es empfiehlt sich das Monitoring mit einer begrenzten Anzahl von validen und stabilen Indikatoren durchzuführen, so dass es überschaubar und zugleich aussagekräftig ist. Zudem ist auf eine kleinräumige Verfügbarkeit der Daten zu achten. Eine Orientierung für die Ausgestaltung eines integrierten Monitoring sowie für die Auswahl geeigneter Basis- und Vertiefungsindikatoren kann der im Rahmen des Forschungsvorhabens vorgeschlagene Monitoringansatz bieten, der unter anderem auf Basis der Ergebnisse des Modellvorhabens „Umweltgerechtigkeit im Land Berlin“ erarbeitet wurde.

Einsatz von planerischen und umweltrechtlichen Instrumenten

Für die Umsetzung von Maßnahmen und Projekten sollten Kommunen die gesamte Palette unterschiedlicher formeller und informeller Planungsinstrumente sowie des umweltrechtlichen Instrumentariums in den Blick nehmen. Diese Instrumente gilt es zu kombinieren und je nach Ausgangslage variabel und aufeinander abgestimmt zum Einsatz zu bringen. Während bei den planerischen Instrumenten die Vorsorge im Mittelpunkt steht, bietet das Umweltrecht hoheitliche Eingriffsbefugnisse zur Gefahrenabwehr, aber auch zur Umsetzung umwelt-

rechtlicher Standards. Die für die Schaffung von mehr Umweltgerechtigkeit erforderliche integrative Erfassung aller relevanten Ziele und Maßnahmen lässt sich am ehesten durch integrierte Stadt(teil)entwicklungskonzepte erreichen. Auch die Bauleitplanung als räumliche Gesamtplanung ist auf Integration angelegt. Gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse sind dabei ein essentieller Bestandteil, der als Belang im Abwägungsprozess der Planung zu berücksichtigen ist.

Fazit und Ausblick

Für die erfolgreiche Implementierung der Umweltgerechtigkeit in kommunales Handeln ist es notwendig, ressortübergreifend zu arbeiten und das Thema auf der politischen Ebene zu verankern. Zudem ist es wichtig, bestehende Schnittstellen und Andockpunkte in den Kommunen zu identifizieren, um Umweltgerechtigkeit als Querschnittsthema in laufende Prozesse in Politik und Verwaltung zu integrieren. Neben Kommunen können der Bund und die Länder entscheidend dazu beitragen, Umweltgerechtigkeit als ressortübergreifendes Thema voranzubringen. Nur durch das Zusammenwirken vieler Akteure auf politischer, wissenschaftlicher, zivilgesellschaftlicher und der Verwaltungsebene wird es möglich sein, das Thema Umweltgerechtigkeit dauerhaft zu verankern und nachhaltige Wohnquartiere und gesunde Lebensbedingungen für alle zu schaffen.

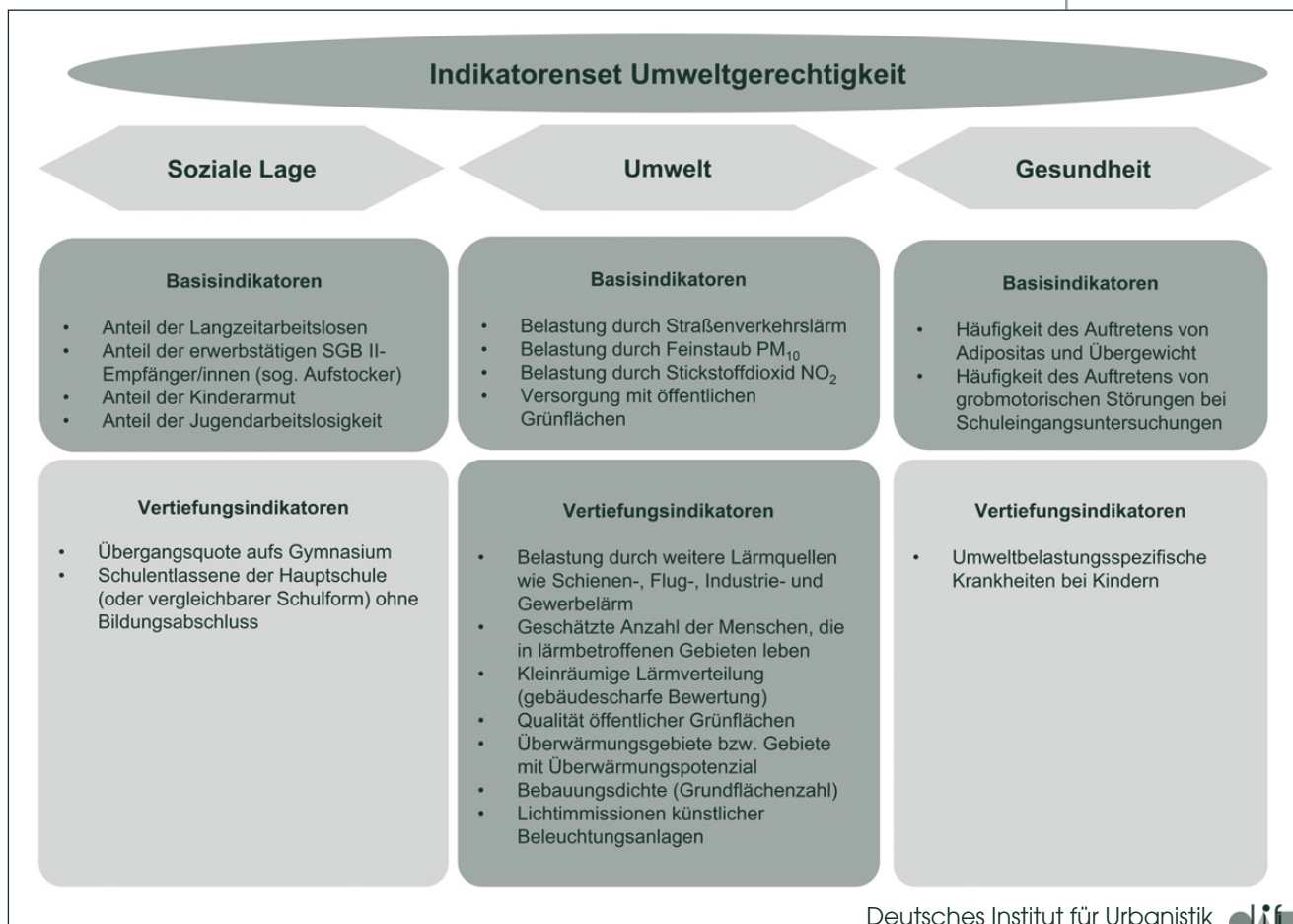
Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Christa Böhme
Telefon: 030/39001-291
E-Mail: boehme@difu.de

Dipl.-Ing. agr. Thomas Preuß
Telefon: 030/39001-265
E-Mail: preuss@difu.de

Difu-Paper Druckversion:
(Zusammenfassung des Abschlussberichts):
siehe Bestellschein

Der komplette Abschlussbericht zum Forschungsvorhaben wird in Kürze vom Umweltbundesamt in der Reihe „Umwelt & Gesundheit“ online veröffentlicht:
<http://www.umweltbundesamt.de/>



Stadt und Armut im langen 19. Jahrhundert

Die neue Ausgabe der „Informationen zur modernen Stadtgeschichte – IMS“ behandelt als Themenschwerpunkt den Zusammenhang von „Stadt und Armut im langen 19. Jahrhundert“. Die Herausgeber Olga Fejtová und Milan Hlavacka (beide aus Prag) heben in ihrem Einleitungsbeitrag den langfristigen, grundlegenden Wandel der Armenpolitik in den Städten seit dem Mittelalter hervor. Unter anderem machen sie auf die verschiedenen Kriterien und Klassifikationen aufmerksam, nach denen Arme in der Stadt eingruppiert und behandelt wurden, und auf die Vielfalt der Modelle städtischer Armenpolitik im Europa des 19. Jahrhunderts. Andreas Weigel (Wien) unterstreicht in seinem Beitrag den Handlungsdruck, den das „Bettlerproblem“ in der Stadt Wien zu Beginn des 19. Jahrhunderts erzeugte und dem ein Aufschwung privater Wohltätigkeit sowie eine langfristig zunehmende Professionalisierung in der Armenpolitik folgten. Olga Fejtová (Prag) beschreibt die zur gleichen Zeit in Prag vollzogene Übertragung der Armenpolitik vom Staat auf die Stadt Prag, die gegen Ende des Jahrhunderts eine effektivere Verwaltung und institutionelle Zentralisierung durchsetzte. Gabriela Dudekova (Prag) Beitrag über die Armenpflege in ungarischen Städten um 1900 weist auf die Politik des „Heimatrechts“ als Instrument einer Zuwanderer ausgrenzenden Armenpolitik und auf die Vielfalt der Politikansätze im Habsburgerreich hin. In Hamburg erfolgte, wie Katharina Brandes (Trier) zeigt, mit der Gründung der „Allgemeinen Armenanstalt“ im späten 18. Jahrhundert früher als andersorts eine Zentralisierung der Armenfürsorge, die, in mehrfach reformierter Form, das 19. Jahrhundert überdauerte.

Weitere Beiträge von Ulrike Harmat (Wien) zur Wohnungsfrage in Wien, von Martina Niedhammer (München) zum Armenwesen der jüdischen Gemeinde in Prag sowie von Jens Gründler (Stuttgart) zur Versorgung psychisch Kranker in Glasgow vervollständigen den Überblick zur städtischen Armenpolitik im Europa des 19. Jahrhunderts. Die Leitrezension von Olga Fejtová zum Katalog der Ausstellung über „Armut“ 2011 in Trier rundet den Themenschwerpunkt ab.

In der weiteren Rubrik „Forum“ zeigt Michal Pszczolkowski am Beispiel der Stadtentwicklung Brombergs 1850-1914 sowohl die Strahlkraft Berlins als Vorbild in kleinere Städte hinein als auch eigenständige Entwicklungen auf. Adelheid von Saldern (Hannover) beleuchtet die Bedeutung der „Wolkenkratzer“ für die amerikanische Medienöffentlichkeit und den amerikanischen „Kultur-Nationalismus“ im frühen 20. Jahrhundert, und Peter Payer diskutiert die unter anderem durch die Aufstellung großer Standuhren fortschreitende „Chronometrisierung“ des öffentlichen Raums in Wien zwischen 1850 und 1914.

Die Rubrik „Allgemeine Berichte“ wartet diesmal mit einer besonders breiten Palette an Tagungsberichten auf, unter denen die Beiträge zu internationalen Konferenzen und insbesondere zur Europäischen Stadtgeschichtskonferenz im September 2014 in Lissabon hervorstechen. Die Berichterstattung über die Aktivitäten der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (GSU) sowie Mitteilungen über stadtgeschichtliche Tagungen im Jahr 2015 beschließen das Heft.



Quelle: „Armut im Vormärz“, Zeichnung von Theodor Hosemann 1840

http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Theodor_Hosemann,_Armut_im_Vorm%C3%A4rz,_1840.png?uselang=de



Weitere Informationen:
PD Dr. Christoph Bernhardt
E-Mail: bernhardt@irs-net.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Kommunale Impulse für Nachhaltiges Wirtschaften



Grafik:<http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Nachhaltigkeit.jpg>

Die Publikation „Kommunale Impulse für Nachhaltiges Wirtschaften“ entstand in Kooperation zwischen dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Institut für Urbanistik. Sie soll Kommunen unterstützen, indem sie Anregungen zum nachhaltig orientierten Wirtschaften gibt. Um die Zukunftsfähigkeit der kommunalen Standorte zu stärken, soll die Förderung einer nachhaltigen Wirtschaft „vor Ort“ vorangetrieben und der Prozess hin zu einer innovativen wirtschaftlichen Entwicklung von den Kommunen aktiv unterstützt werden.

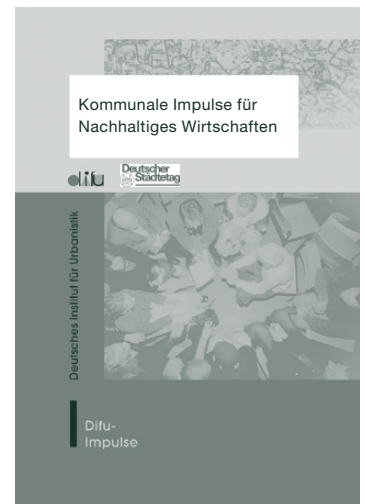
Der Beitrag „Chancen und Potenziale nachhaltiger Wirtschaftsförderung“ führt Beispiele auf, wie die kommunale Wirtschaftsförderung oder die Umweltressorts der Kommunen ihre Unternehmen vor Ort beim anstehenden Strukturwandel auf dem Weg zu einer nachhaltigeren Ökonomie unterstützen können. Er macht zudem deutlich, dass für die kommunalen Akteure „Umwelt“ und „Wirtschaft“ eine Win-win-Situation entsteht,

wenn es gelingt, zu kooperieren und gemeinsam zu agieren. Der Beitrag ist zudem ein gutes Beispiel, wie interdisziplinäre Zusammenarbeit in den Städten funktionieren kann, denn kommunale Vertreter aus den Bereichen Umwelt, Wirtschaftsförderung/Standortentwicklung und Energiemanagement haben ihn in einem gemeinsamen Arbeitskreis verfasst.

Den kommunalen Wirtschaftsförderungseinrichtungen kommt dabei eine wichtige Vermittlungsfunktion zwischen den einzelnen Fachressorts innerhalb der Kommune einerseits sowie zwischen der Wirtschaft und der Kommunalverwaltung andererseits zu. Die Wirtschaftsförderung kann also als ein zentraler Initiator, Koordinator und Partner für die ansässigen Unternehmen bei der Realisierung des Nachhaltigen Wirtschaftens gesehen werden. Ihre Aufgaben bestehen darin, Unternehmen bei der Umsetzung nachhaltiger Projekte zu unterstützen und Angebote zu unterbreiten, über aktuelle Trends zu entsprechenden Themen zu informieren sowie Netzwerke und Plattformen zu initiieren, um den relevanten Akteuren einen Austausch zu ermöglichen.

In der Veröffentlichung „Kommunale Impulse für Nachhaltiges Wirtschaften“ stellen unterschiedliche Kommunen ihre Praxis-Beispiele zu verschiedenen Aspekten des Nachhaltigen Wirtschaftens vor. Das Dezernat Umwelt und Wirtschaft, Brand- und Katastrophenschutz des Deutschen Städtetages hat hierzu im November 2013 eine Umfrage mit entsprechenden kommunalen Fachressorts durchgeführt.

Ziel der dargestellten Beispiele ist es, die bereits bestehenden vielfältigen Möglichkeiten für Nachhaltiges Wirtschaften auf kommunaler Ebene aufzuzeigen und dadurch Motivation sowie Anregungen für eigene Initiativen oder Aktivitäten zu schaffen.



Weitere Informationen:

Marco Peters, M.A.
Telefon: 0221/340308-27
E-Mail: peters@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Erstellung einer Geodatenbank für Straßenbrücken in Deutschland

Weitere Informationen:
Dr.-Ing. Wulf-Holger Arndt
Telefon: 030/39001-252
E-Mail: arndt@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Veröffentlichung online:
<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=VU90DFOG>



Im Auftrag des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie hat das Deutsche Institut für Urbanistik eine Studie zum Ersatzneubaubedarf von Straßenbrücken in kommunaler Baulast erstellt. Dazu wurden teilweise neue methodische Wege gegangen, da die vorhandene Datenlage zur kommunalen Infrastruktur unzureichend war. In der Veröffentlichung wird die Methode der Erstellung der Grundgesamtheit der kommunalen Straßenbrücken aus der Open-Street-Map-Datenbank dargestellt.

Mit der Auswertung von GIS-Datenbeständen der Straßen-Datenbank OpenStreetMap (OSM) im Programm ArcGIS ließ sich die Zahl kommunaler Straßenbrücken belastbar ermitteln. In der OSM sind Brücken als Netzelemente mit dem Attribut „bridge“ eindeutig zu identifizieren. Ebenfalls war über den Straßentyp der Baulastträger identifizierbar. Die Brücken konnten eindeutig räumlich Kommunen zugeordnet werden, so dass sie mit kommunalen Merkmalen – z.B. Einwohnerzahl oder geografische Lage – kombinierbar sind. Weiterhin konnten die Brückenlängen grob erfasst werden. Auf dieser Grundlage waren in Verbindung mit Normwerten geschätzte Flächenberechnungen der identifizierten kommunalen Brücken möglich. Die Brücken der GIS-Datenbank wurden dann mit Daten einer Kommunalumfrage – Baujahr, Zustandsnoten etc. – zusammengeführt. Außerdem wurden die Netzlängen von Straßen in kommunaler Baulast und deren

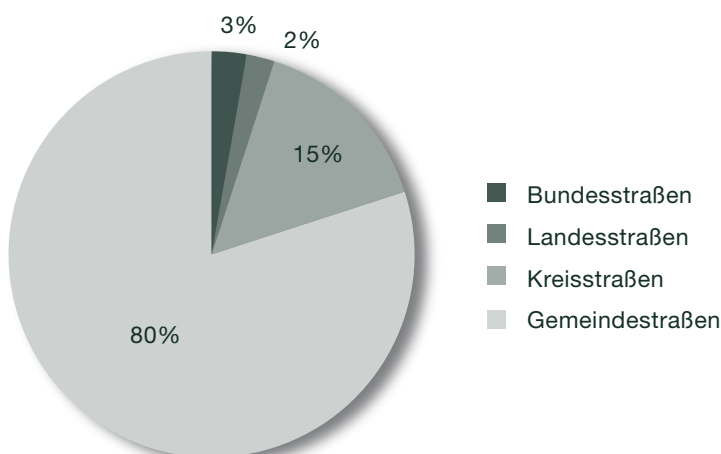
Aufschlüsselung nach Gemeindezugehörigkeit erfasst. Dadurch war die Zuordnung der Brücken zu Baulastträgern möglich.

Die Daten des OSM-Projekts lassen aufgrund ihrer freien Editierbarkeit eine Reihe von Ungenauigkeiten vermuten. Aus diesem Grund wurden die Daten einer genauen Prüfung unterzogen. In jedem Bundesland wurden 50 Straßen sowie 25 Brücken zur Kontrolle herangezogen. Die Straßen und Brücken je Bundesland wurden zufällig ausgewählt und auf Existenz sowie Kategorisierung getestet. Die Auswahl der Testfälle beschränkte sich auf die durch die Bereinigung der OSM-Daten gewonnenen Datensätze für Bundes-, Landes- und Kreisstraßen sowie Gemeindestraßen. Die ausgewählten OSM-Daten wurden mit Satellitenbildern mit folgenden Schritten verglichen:

- Aufteilung des Straßennetzes in Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen.
- Erzeugung eines gleichmäßigen quadratischen Gitternetzes („Fishnet“) für jedes Bundesland, um eine flächenhafte Auswahlregel der Brücken und Straßenkanten für den Test abzuleiten.
- Auswahl zufälliger Stichproben von je 50 Straßenkanten (25 Gemeindestraßen, 15 Landes- bzw. Kreisstraßen und zehn Bundesstraßen) und 15 Brücken auf Gemeindestraßen, fünf auf Landes- bzw. Kreisstraßen und fünf auf Bundesstraßen pro Bundesland.
- Die selektierten Straßenabschnitte und Brücken wurden exportiert und in Google Earth geöffnet.
- Abgleich der Brücken und Straßen auf Existenz, Kategorisierung und räumliche Darstellungsgüte (Fahrspuren, Brückenlänge) mit GoogleEarth-Satellitenbildern.

Im Ergebnis überzeugte die Datenqualität der OSM-Daten mit mindestens 95-Prozent Genauigkeit in den verschiedenen überprüften Kategorien. Die Analyse ergab folgende Ergebnisse für die Brückenanzahl in kommunaler Baulast für die verschiedenen Straßenkategorien und damit Baulasten: Bundesstraßen 1914, Landesstraßen 1652, Kreisstraßen 9914, Gemeindestraßen 53234 und damit in kommunaler Baulast insgesamt 66714 Straßenbrücken.

Straßenbrücken in kommunaler Baulast nach Straßenkategorien



Deutsches Institut für Urbanistik 

Wie kann Verkehr in Städten nachhaltiger werden?

Einblick in ein transnationales Forschungsprojekt

In vielen Ländern verfolgen Kommunen das Ziel, die vom Autoverkehr ausgehenden Lärm- und Luftschadstoffbelastungen, die Unfallrisiken sowie den Flächenverbrauch zu reduzieren. Welche konkreten Maßnahmen wurden jedoch für eine veränderte Verkehrsmittelwahl als wirksam evaluiert? Wie sind sie auch angesichts leerer Kassen, politischer Widerstände, zunehmender Zersiedelung und teilweise noch steigender Motorisierungskennziffern umsetzbar?

Die gemeinsamen Antworten – quasi als Trittschritte in einem weiten thematischen Feld – werden in der Arbeitsgruppe „STEPPING STONES – Making Mobility Patterns more Sustainable“ diskutiert, in der Vertreter aus Ministerien und staatlichen Forschungseinrichtungen aus Schweden, Polen, den Niederlanden und Deutschland zusammenarbeiten, um Lösungen für ähnlich gelagerte Verkehrsprobleme zu entwickeln. Das politische Dach hierfür ist „Era-net Transport“: die transnationale Kooperationsplattform für Forschungsaktivitäten im Bereich Mobilität. Die Arbeitsgruppe aus den vier Ländern stützt sich auf Forschungsergebnisse der parallelen Konsortien Shape-it, Step-by-Step und GPS. Das GPS-Projekt („Guiding Principles for Sustainable Mobility“) wurde vom Difu gemeinsam mit Partnern aus den Niederlanden (Tanja TopConsult und Royal Haskoning-DHV) und aus Schweden (Lund University, Professor Tom Rye im Department of Technology and Society) bearbeitet.

Im Fokus der Arbeit des Difu und seinen Projektpartnern standen zwanzig ausgewählte Fallstudien verschiedener europäischer Länder, die u.a. durch Interviews mit jeweils mehreren Experten, die eine unterschiedliche Perspektive auf das Projekt hatten, untersucht wurden. Anhand der Ergebnisse der Fallstudienanalyse konnte ein tiefer Einblick in die Barrieren und Treiber derjenigen Maßnahmen gewonnen werden, durch die eine Veränderung des Modal Split angestoßen und etabliert werden soll.

Kurz gesagt standen im Mittelpunkt der Untersuchung Maßnahmen, durch die Verkehr und Mobilität nachhaltiger – im Sinne von sauberer, intelligenter und weniger –

gestaltet werden kann. Die Fallstudien behandeln Modelle hierzu auf unterschiedlichen Ebenen: Untersucht wurden sowohl gesamtstädtische Mobilitätsstrategien mit einem langen Zeithorizont als auch Einzelprojekte mit unterschiedlicher räumlicher Reichweite. Einen Schwerpunkt in der Untersuchung spielt auch das als „weiche Maßnahme“ bezeichnete Mobilitätsmanagement.

Die Ergebnisse der Forschung zeigen: Eine nachhaltige Verkehrspolitik in Städten benötigt einen langen Atem. Die Projekte haben eine Vorgeschichte und sind Teil eines kontinuierlichen Entwicklungsprozesses. Dabei ist eine Evaluationskultur hilfreich, die aus den Erfahrungen vorangegangener Projekte lernt, um das nächste ambitioniertere Projekt anzugehen. Wesentliche Erfolgsfaktoren sind zudem einzelne engagierte, oft charismatische Persönlichkeiten bzw. ressortübergreifende Projektgruppen, die mit klarer Zielorientierung die Aufgaben auch durch schwierige Zeiten tragen.

Die Projektergebnisse sind in englischer Sprache auf der Era-net-Seite abrufbar, wie auch die Berichte der drei Konsortien dort zu finden sein werden. Für deutschsprachige Adressaten veranstaltete das Difu am 20. und 21. April 2015 in Berlin ein Difu-Seminar, in dem ausgewählte Fallstudien vorgestellt und Handlungsempfehlungen diskutiert werden. Zudem ist eine deutschsprachige Veröffentlichung geplant, in der Projektergebnisse sowie gute Praxisbeispiele aus dem In- und Ausland dokumentiert werden.

Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr.
Jörg Thiemann-Linden
Telefon: 030/39001-138
E-Mail:
thiemann-linden@difu.de

Dr. phil. Jürgen Gies
Telefon: 030/39001-240
E-Mail: gies@difu.de

<http://transport-era.net/results/virtuelle-map/stepping-stones/>

Freiburg Vauban: Kompaktes autoarmes Quartier auf einer innerstädtischen Konversionsfläche mit gutem Mobilitätsangebot im Umweltverbund



Foto: Jürgen Gies

Radverkehr in Deutschland – Zahlen, Daten, Fakten



Seit einigen Jahren ist ein deutlicher Zuwachs bei der Nutzung des Fahrrads in allen Anwendungsbereichen zu verzeichnen: für den Weg zur Arbeit, zum Sport oder zum Ausflug mit der Familie. Dieser Trend wird sich aufgrund vieler Faktoren wie Umweltfreundlichkeit, Gesundheitsförderung, Veränderung der Lebensstile und kurzer Reisezeiten, verbunden mit einem hohen Maß an Individualität, auch künftig fortsetzen und erfährt auch politische Unterstützung. Für eine wirksame Radverkehrspolitik ist folglich gesichertes Faktenwissen als Grundlage für Zielsetzungen und die Überprüfung der Maßnahmenwirksamkeit unerlässlich.

Die vom Difu im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und Infrastruktur (BMVI) erstellte Veröffentlichung „Radverkehr in Deutschland – Zahlen, Daten, Fakten“ fasst die Eckdaten der Radverkehrsentwicklung in Deutschland in Karten, Tabellen und Grafiken zusammen.

Diese Erstausgabe folgt der Gliederung des Nationalen Radverkehrsplans 2020 und liefert Daten zur Bedeutung des Radverkehrs, d.h. Eckwerte zum Fahrradbestand und zu den Anteilen der Verkehrsmittel an allen zurückgelegten Wegen (Verkehrsmittelwahl).

Auch der Nutzen des Radverkehrs mit seinen positiven Effekten für Wirtschaft, Umwelt und Gesundheit wird mit Zahlen belegt. Weitere Themen sind die Radverkehrsinfrastruktur sowie die Verkehrssicherheit, hier wird der Handlungsbedarf aufgezeigt. Die Verknüpfung des Fahrrads mit anderen Verkehrsmitteln weist auf die wichtige Funktion als Inter- und Multimodalitätsangebot hin. Eine Übersicht informiert über Kommunikationsmöglichkeiten zur Förderung des Fahrradverkehrs.

Für die Broschüre sind keine neuen Daten erhoben worden. Es wurden bestehende amtliche und nichtamtliche Datenquellen genutzt. So wurde auf die amtlichen Statistiken und auf Erhebungen aus den „Mobilität in Deutschland“-Befragungen (MiD 2008, MiD 2002), den „System repräsentativer Verkehrsverhaltensbefragungen“ (SrV) und dem Fahrradmonitor des BMVI/BMVBS sowie weiteren Quellen zurückgegriffen. Die aufbereiteten Daten helfen, bei der Förderung des Radverkehrs zielgerichtet vorzugehen. Ein weiterer Beitrag der Broschüre ist neben dem Monitoring auch eine Argumentationsbasis für die Radverkehrsförderung: Der Radverkehr ist keine „Nische“ mehr, er besitzt volkswirtschaftliche Bedeutung.

Foto: Wolf-Christian Strauss



Weitere Informationen:

Dipl.-Volkswirt Tilman Bracher
Telefon: 030/39001-260
E-Mail: bracher@difu.de

Dipl.-Geogr. Martina Hertel
Telefon: 030/39001-105
E-Mail: hertel@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Veröffentlichung online:

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=XHBUO619>

Verlagerungseffekte weg vom Auto hin zum E-Bike zeichnen sich ab

Im Sommer 2014 startete das Projekt „EBikePendeln – Fahrspaß mit Rückenwind!“ nach fundiertem Planungsvorlauf in die aktive Erprobungsphase. Das „Schaufensterprojekt für Elektromobilität“ wird durch die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt gefördert. Sie reagiert damit auf die wachsende Zahl von berufsbedingten Pkw-Fahrten von und nach Berlin, die überwiegend aus der Region kommen und in erheblichem Maße zur Belastung des Berliner Stadtraums durch Verkehrslärm, Luft- und Schadstoffemissionen sowie Flächenverbrauch beitragen.

Grundidee des Projekts ist es, Berufstätige, die im stadtnahen Umland wohnen und in Berlin arbeiten, durch den täglich erlebten Fahrspaß zum Umstieg vom Pkw aufs Pedelec zu „verführen“. Dazu erhalten sie im Rahmen des betrieblichen Mobilitätsmanagements acht Wochen lang ein Pedelec, um es im Alltagsverkehr auszuprobieren. Parallel werden Radrouten optimiert und moderne „Fahrrad-Gemeinschaftsgaragen“ an den S- und U-Bahnhöfen geplant, die den Sicherheitsanforderungen zum Parken hochwertiger (Elektro-)Fahrräder entsprechen.

Mit einem Fördervolumen von insgesamt 1,4 Mio. Euro dürfte EBikePendeln aktuell das bundesweit größte Projekt zur Erprobung und Förderung von Pedelecs sein. Es wird zudem durch Unternehmen und Institutionen aus der Region Berlin-Brandenburg unterstützt, die ihren Mitarbeitern sichere Park- und Lademöglichkeiten am Arbeitsplatz anbieten sowie durch Sponsoren aus der Fahrradbranche (Hersteller, Großhandel, lokaler Fachhandel), die Pedelecs, Sachmittel und Serviceleistungen bereitstellen.

Die Pilotphase der Pedelec-Erprobung fand im Juli und August 2014 statt. In diesem Zeitraum wurde die Zusammenarbeit mit den unterstützenden Einrichtungen und der sozial-wissenschaftlichen Begleitforschung in der Praxis getestet und optimiert. Die zweite von insgesamt vier Testphasen lief von September bis November. Insgesamt nahmen im Jahr 2014 129 EBikePendler am Projekt teil. Für das Frühjahr und den Sommer 2015 sind zwei weitere Erprobungswellen vorgesehen.

Das Teilnahmeinteresse am EBikePendeln für die ersten beiden Testphasen war im Jahr 2014 so erfreulich hoch, dass die Nachfrage nur zu Teilen gedeckt werden konnte. Für 2015 wird daher eine deutlich größere Testflotte angestrebt.

Ob das hohe Interesse an der Pedelec-Erprobung zu nachhaltigen Veränderungen bei der Verkehrsmittelwahl führen wird, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht beantwortet werden. Erste vorläufige Ergebnisse aus der sozialwissenschaftlichen Begleitforschung weisen aber auf einen Verlagerungseffekt hin: „Während vor dem Teilnahmezeitraum knapp 30 Prozent der Testfahrer täglich einen Pkw nutzten, halbiert sich dieser Wert während des Teilnahmezeitraums“ laut Institut für Transportation Design. Belastbare Zwischenergebnisse werden für Januar/Februar 2015 erwartet.

Das Difu koordiniert als Lead-Partner die Zusammenarbeit im Projekt EBikePendeln mit den Partnern des Instituts für Transportation Design, der Hochschule für Bildende Künste Braunschweig (Sozialwissenschaftliche Begleitforschung), dem Consulting-Unternehmen team-red (Mobilitätsmanagement) sowie dem Büro für Städtebau und Stadtforschung Spath+Nagel Berlin (Verkehrsplanung) und der Firma Lahmeyer Berlin (Steuerung und Umsetzungsplanung).

Die Projektergebnisse werden u.a. über das Portal des Nationalen Radverkehrsplans 2020 bekannt gemacht.



Weitere Informationen:

Angela Kohls
Telefon: 030/39001-151
E-Mail: kohls@difu.de
<http://www.nationaler-radverkehrsplan.de/pedelec/>



Foto: Axel Quanz (team red)



Unternehmensstandorte zukunftsfähig entwickeln

Broschüre in Zusammenarbeit mit der Stadt Karlsruhe

Je attraktiver ein Wirtschaftsstandort, desto schwieriger ist es meistens, neue Flächen für die Wirtschaft zu entwickeln. Besonders in Verdichtungsräumen setzen hohe Grundstückspreise, der Flächenbedarf für Wohnen und Verkehr sowie die Notwendigkeit, wertvolle Erholungs- und Naturräume zu erhalten, neuen Gewerbegebieten enge Grenzen. Gerade in diesen Kommunen und Regionen sind intelligente Strategien gefragt, um Unternehmen genügend Raum für Wachstum und Innovation zu bieten.

Vor diesem Hintergrund beauftragte die Stadt Karlsruhe das Difu im Rahmen des Projekts „Nachhaltiges und ressourcenoptimiertes Gewerbeflächenmanagement“ mit der Erarbeitung einer praxisorientierten Handreichung. Die neue Broschüre „Unternehmensstandorte zukunftsfähig entwickeln“ zeigt Unternehmen Möglichkeiten auf, auch in Situationen der Flächenknappheit verän-

derten Flächenbedarfen gerecht zu werden. Sie veranschaulicht, welche Möglichkeiten sich für Ressourceneffizienz bieten und wo Potenziale für zwischenbetriebliche Kooperationen liegen können. Qualitätssicherung im Bestand und Aktivierung von Innenentwicklungspotenzialen stehen im Mittelpunkt. Vorgestellt werden Instrumente für einen schonenden Umgang mit Flächenressourcen und deren ökologische und ökonomische Vorteile. Eine Reihe von gelungenen Beispielen aus Karlsruhe, aber auch aus anderen Städten, illustrieren die unterschiedlichen Handlungsfelder.

Die neue Veröffentlichung gibt auch Hinweise dafür, wie eine Kommune – gemeinsam mit Partnern – geeignete Rahmenbedingungen schaffen kann, welche konkreten Hilfen sie für Unternehmen anbietet und welche Fördermöglichkeiten es für Unternehmen gibt.

Veröffentlichung online:

Die Broschüre kann als PDF-Datei ab 22.12.2014 unter www.karlsruhe.de/wirtschaft abgerufen werden.

Weitere Informationen:

Dr. Beate Hollbach-Grömig
Telefon: 030/39001-293
E-Mail: hollbach-groemig@difu.de



Foto: Thomas Preuß

Aktionsplan Flächensparen

Projekt zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme

Ziele zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme für Siedlung und Verkehr sind verabschiedet, Strategien wurden entwickelt, ausgereifte Instrumente sind erprobt. Trotz der zahlreichen Aktivitäten in Politik, Forschung und Praxis müssen weitere Anstrengungen erfolgen, um das für das 2020 festgeschriebene 30 ha-Ziel zu erreichen. Erforderlich ist ein konsistentes, abgestimmtes Aktionsprogramm für die wichtigen Akteure in Bund, Ländern und Kommunen.

Beim Forschungsvorhaben „Aktionsplan Flächensparen“ geht es um die „Institutionelle und instrumentelle Aufbereitung und Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme im Hinblick auf deren Umsetzung in der Gesetzgebung, im Verwaltungsvollzug und im Bereich privater Akteure beim Flächenmanagement“. Das „Teilvorhaben 1: Aktionsplan“ des durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) geförderten Forschungsvorhabens, soll das BMUB dabei unterstützen,

mit fachlicher Expertise und im Dialog mit Stakeholdern das weitere Vorgehen zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme zu strukturieren. Die zahlreich vorhandenen Forschungsergebnisse und politischen Initiativen werden zusammengestellt, analysiert und aus den daraus gewonnenen Erkenntnissen ein politikfähiger Aktionsplan entwickelt.

Instrumente und Maßnahmen zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme werden mit Blick auf ihre Umsetzung in der Gesetzgebung, im Verwaltungsvollzug und im Bereich privater Akteure des Flächenmanagements aufbereitet und weiterentwickelt. Besonderes Interesse gilt möglichen Auswirkungen eines Flächenzertifikatehandels. Die Ergebnisse werden unter Berücksichtigung der Arbeiten bei Bund und Ländern in einem Aktionsplan zusammengeführt und schließlich Vorschläge erarbeitet, wie das Wissen für einen weiten fachlichen und politischen Nutzerkreis zugänglich gemacht werden kann, damit die Projektergebnisse zum Erreichen der Flächensparziele des Bundes beitragen.

Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Stephanie Bock
Telefon: 030/39001-189
E-Mail: bock@difu.de

Dipl.-Ing. agr. Thomas Preuß
Telefon: 030/39001-265
E-Mail: preuss@difu.de

Koordinierte Unternehmensbefragung

Initiative zur Nutzung eines innovativen Instruments für eine aktive Wirtschaftsförderung

Der Deutsche Städtetag (DST) und das Deutsche Institut für Urbanistik haben eine Initiative gestartet, mit der Unternehmensbefragungen in Städten stärker als bisher auf einer gemeinsamen Basis stehen sollen. Auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) hat sich dieser Initiative angeschlossen. Die Initiative zur „Koordinierten Unternehmensbefragung“ entstand auch aufgrund der guten Erfahrungen mit der „Koordinierten Bürgerumfrage“ der Städtestatistiker. An dieser auf einem einheitlichen Fragebogen basierenden Umfrage beteiligen sich 20 Städte.

Ziele der Koordinierten Unternehmensbefragung

Das zentrale Ziel der „Koordinierten Unternehmensbefragung“ entspricht dem klassischen Ziel von vielen bisherigen Unternehmensbefragungen in den Städten: das Einholen von Einschätzungen aus Unternehmen und Betrieben („Kunden“ und potenziellen „Kunden“) zu Unternehmensstrukturen und Veränderungsabsichten, zu Standortbedingungen, zur Servicequalität der Wirtschaftsförderung, der kommunalen Services insgesamt sowie zu Verbesserungsmöglichkeiten.

Gegenüber der Vielzahl bisheriger Einzelbefragungen wird durch die „Koordinierte Unternehmensbefragung“ jedoch ein erheblicher Mehrwert durch die Möglichkeit der Einordnung der Ergebnisse im Städtevergleich über die Bildung von geeigneten Vergleichsgruppen bestehen. Zudem kann ein erprobter und standardisierter Fragebogen genutzt werden. Schließlich werden durch den Aufbau eines gemeinsamen und einheitlichen Datenbestands aller Städtebefragungen vertiefte Zusammenhangsanalysen und Querschnittsauswertungen im Interesse der kommunalen Wirtschaftsförderung wie auch der Wissenschaft möglich sein.

Zeitliche Perspektiven des Vorhabens

Die „Koordinierte Unternehmensbefragung“ ist als langfristiges Vorhaben des Difu in Kooperation mit dem DST und dem DStGB angelegt. Die ersten Befragungen werden voraussichtlich Ende 2014 gestartet. Da die Städte unterschiedliche Terminplanungen haben, werden die Befragungen in den ersten Jahren zeitlich versetzt stattfinden.

Mittel- bis langfristig wird jedoch eine zeitlich synchronisierte „Koordinierte Herbstumfrage“ im zwei- oder dreijährigen Rhythmus angestrebt (ohne dies für die Kommunen verpflichtend zu machen). Da das Vorhaben auf Dauer angelegt ist, können Städte dem Kreis der Beteiligten jederzeit beitreten. Umgekehrt können Städte auch jederzeit wieder von einer Mitwirkung Abstand nehmen.

Möglichkeiten der Beteiligung

Das Interesse einer Beteiligung an der „Koordinierten Unternehmensbefragung“ muss gegenüber dem Difu erklärt werden. Für interessierte Städte bestehen dabei grundsätzlich drei Möglichkeiten der Beteiligung:

- Durchführung und Auswertung der Befragung ausschließlich in eigener Regie.
- Bauauftragung eines beliebigen Dienstleisters mit der Durchführung und Auswertung.
- Beauftragung des Difu mit der Durchführung und Auswertung.

Die „Koordinierte Unternehmensbefragung“ umfasst einen Kernfragebogen (Kernfragen, die von allen beteiligten Städten erhoben werden sollten) sowie einen Kürfragebogen (mögliche standardisierte Ergänzungsfragen). Die Fragebögen wurden gemeinsam vom DST (Arbeitsgruppe der Fachkommission Wirtschaftsförderung) und dem Difu entwickelt. Die Bögen sind in allen bereits existierenden und künftigen Versionen durch das Difu urheberrechtlich geschützt und stehen für Kommunen sowie durch sie beauftragte Dienstleister zur Nutzung offen. Voraussetzung ist die Unterzeichnung einer Nutzungsvereinbarung mit dem Difu.

Perspektiven

Aus dem Kreis der beteiligten Städte wird zusammen mit Vertretern des DST und DStGB, des Difu und der Städtestatistik eine Lenkungsgruppe gebildet, die u.a. über die Weiterentwicklung des Konzepts der „Koordinierten Unternehmensbefragung“ und der Fragebögen berät. Bis zum November 2014 haben bereits mehr als 20 Städte und Gemeinden ihr Interesse an einer Teilnahme an dem Vorhaben bekundet.



Quelle/Autor: Seedcamp Photos.
Flickr: Seedcamp Singapore 2010.
[CC BY-SA 2.0],
http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Seedcamp_Singapore_2010_in_a_seminar_room_at_Singapore_Management_University_-_20101005-01.jpg

Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Busso Grabow
Telefon: 030/39001-248
E-Mail: grabow@difu.de

Dipl.-Soz. Detlef Landua
Telefon: 030/39001-196
E-Mail: landua@difu.de

<http://www.difu.de>
<http://www.difu.de/projekte/2014/koordinierte-unternehmensbefragung.html>



Foto: Difu

Klimaangepasste Dachgestaltung eines Verwaltungsgebäudes

Klimaangepasste Stadtplanung in Bochum – Plan4Change

Die Anpassung an Folgen des Klimawandels erfordert neben konsequenter Planung die Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen vor Ort. Anpassungskonzepte, Handlungsleitfäden und Internet-Tools liegen kommunalen Akteuren bereits vor, eine umfassende Umsetzung scheidet jedoch oft in der Praxis des kommunalen Planungsalltags. Das neue Difu-Forschungsprojekt „Neue Wege zu einer klimaangepassten Stadtplanung am Beispiel des Modellgebiets Quartier Feldmark“ (Plan4Change) widmet sich daher dem Übergang von der Theorie in die Praxis.

Das vorliegende Bochumer Klimaanpassungskonzept – gefördert durch die nationale Klimaschutzinitiative des BMUB – soll anhand des Planungsvorhabens „Quartier Feldmark“ beispielhaft in die Praxis umgesetzt werden. Im Rahmen der städtebaulichen Wohnbauentwicklung werden ca. 1.000 Wohneinheiten geplant. Das Projektgebiet zeichnet sich durch seine besondere Lage am Übergang von Siedlungs- und Freiraumflächen und der Nähe zur Innenstadt aus.

Zur Minimierung von Negativeffekten bedarf es einer besonderen Berücksichtigung von Maßnahmen zur Klimaanpassung. Um eine klimawandelangepasste Planung zu gewährleisten, wird das Planungsverfahren durch Experten des Difu und der Ruhr-Uni Bochum über drei Jahre hinweg begleitet. So arbeiten die Experten bei wichtigen Weichenstellungen des Planungsverfahrens eng mit den Planern der Stadt Bochum sowie weiteren Akteuren zusammen. Erfolgsfaktoren und Hemmnisse des Verfahrens werden identifiziert, bewertet und aufbereitet. Das Difu erarbeitet einen Praxisleitfaden, der die Umsetzung von Maßnahmen in Planungsprozessen unterstützen soll. Die Lage des Projektgebiets ist gut vergleichbar mit Situationen anderer Kommunen, wodurch auch diese von den Ergebnissen profitieren werden.

Das Projekt wird durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) unterstützt.

Weitere Informationen

Dipl.-Ing. (FH) Maic Verbücheln
Telefon: 030/39001-263
E-Mail: verbuecheln@difu.de



Foto: Jens Libbe

Grenzüberschreitende und nationale Infrastrukturen

Was ist notwendig und was ist möglich für die klimaresiliente zukunftsfähige Ausgestaltung?

Im Rahmen der Europäischen Anpassungsstrategie und der Weiterentwicklung der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) rückt die Klimaresilienz von Infrastrukturen zunehmend in den Vordergrund. Wichtige Gründe hierfür sind die hohe Anfälligkeit von Infrastrukturen vor allem durch Klima-Extremereignisse, ihre zentrale Versorgungsfunktionen für Wirtschaft und Gesellschaft sowie lange Planungszeiten und Lebensdauern, die es notwendig machen, auch langfristige Wandelprozesse bei der Planung zu berücksichtigen. Neben der Frage, wie Infrastrukturen klimaresilienter gestaltet werden könnten, muss auch die Frage nach zukunftsfähigen Infrastrukturen und deren Dienstleistungen in einer immissionsneutralen, ressourcenleichten Gesellschaft gestellt werden.

Das im Auftrag des Umweltbundesamts gestartete dreijährige Vorhaben „Notwendigkeiten und Möglichkeiten zur klimaresilienten und zukunftsfähigen Ausgestaltung von nationalen und grenzübergreifenden Infrastrukturen – KLARIS“ soll aufzeigen, wie heutige Infrastrukturen vernetzt sind und welche Schwachstellen bestehen. Darüber hinaus wird herausgearbeitet, wie zukünftige Infrastrukturen unter den Bedingungen des Wandels beschaffen sein könnten und – unter dem Leitbild der Klimaresilienz und Zukunftsfähigkeit – beschaffen sein sollten.

Das Projekt wird gemeinsam mit dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung Berlin, und Prof. Dr.-Ing. habil. Jörn Birkmann, Universität Stuttgart, Institut für Raumordnung und Entwicklungsplanung, durchgeführt.

Weitere Informationen:

Dipl.-Sozialökonom Jens Libbe
Telefon 030/39001-115
E-Mail: libbe@difu.de

Dipl.-Soz. Jan Hendrik Trapp
Telefon 030/39001-210
E-Mail: trapp@difu.de

Deutscher Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden 2014

Am 28. November 2014 wurde der Deutsche Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden zum dritten Mal vergeben. Der Preis ist eine Initiative der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e. V. in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, kommunalen Spitzenverbänden, Wirtschaftsvereinigungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Forschungseinrichtungen. Das Difu übernahm federführend – zusammen mit den Partnern Wuppertal-Institut und ICLEI – die Auswertung der Städtebewerbungen. In mindestens vier der sechs Themenfelder Governance & Verwaltung, Klima & Ressourcen, Mobilität & Infrastruktur, Wirtschaft & Arbeit, Bildung & Integration, Lebensqualität & Stadtstruktur mussten konkrete Maßnahmen nachhaltiger Stadtentwicklung beschrieben werden. Im Ergebnis der Bewertungen entstand eine Shortlist herausragender Bewerbungen, auf deren Basis die prominent besetzte Jury unter dem Vorsitz von Dr. Günther Bachmann, Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung, die Entscheidung über die Nomi-

nierten und die Preisträger traf. Dabei wurde auch die unterschiedliche Leistungsfähigkeit großer und kleiner Städte sowie von Kommunen mit guter und schlechter Finanzlage angemessen berücksichtigt. In der Jury wirkte auch der Difu-Institutsleiter Prof. Dipl.-Ing Martin zur Nedden mit. Insgesamt bewarben sich im Jahr 2014 65 Städte und Gemeinden.

Am Abend des 28. November erhielten die (Ober-)Bürgermeister von „Deutschlands nachhaltigsten Städten und Gemeinden“ ihre Auszeichnungen. Als Preisträger wurden ausgezeichnet: **Dortmund** (Großstädte), **Ludwigsburg** (Städte mittlerer Größe) und die **Gemeinde Furth** in Bayern (kleinere Städte und Gemeinden). Die drei Preisträger durften sich über jeweils 35 000 Euro Preisgeld von der Allianz Umweltstiftung freuen. Über die Preisträger hinaus zeichnen sich alle nominierten Kommunen durch bemerkenswerte Nachhaltigkeitsleistungen aus. Der Sonderpreis „Nachhaltiges Bauen“ ging an **HOF8 – Der Plusenergiehof im Taubertal**.

Das SK:KK unterstützt vor Ort beim Beantragen von Fördergeldern

Das Beantragen von Fördergeldern im Rahmen der Kommunalrichtlinie ist kompliziert: Von der Antragstellung bis zum Projektbeginn gilt es zahlreiche Dinge zu beachten, um die Förderung optimal nutzen zu können. Das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunal Klimaschutz (SK:KK) unterstützt Antragsteller in diesem Prozess und gibt von Anfang an Tipps und Hilfestellungen. An den bundesweit durchgeführten Schulungsveranstaltungen war das Interesse auch in diesem Jahr groß: Mehr als 350 Teilnehmer nutzten die kostenlose Beratung in acht Städten. Bei den „Informations- und Vernetzungstreffen für Antragsteller“ wurde über die Kommunalrichtlinie, wichtige Aspekte der Projektorganisation und den Mittelabruf informiert.

Neben den Informationen des SK:KK und dem Projektträger Jülich als administrativem Ansprechpartner standen bei den Veranstaltungen in Hannover und München, Düsseldorf, Halle und vier weiteren Städten Austausch und Vernetzung im Zentrum. Daher

wurde ein großer Teil der Veranstaltungen nicht „frontal“, sondern in Diskussionsrunden angeboten – Beispiele aus der Praxis, vorgestellt von den jeweiligen Verantwortlichen, zeigten die realen Effekte der Kommunalrichtlinie und boten Teilnehmern zusätzlich die Möglichkeit, mit anderen Aktiven ins Gespräch zu kommen und sich Tipps für ihre Arbeit abzuholen.

Das SK:KK bietet klimaschutzinteressierten Kommunen auch abseits der durchgeführten Infoveranstaltungen vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten: So besteht beispielsweise die Möglichkeit, sich mit Nachbarkommunen zusammenzuschließen und eine individuelle Beratung vor Ort zu erhalten. Kompakt und rund um die Uhr sind viele Informationen zur Kommunalrichtlinie und anderen wichtigen Fördermöglichkeiten im Internet abrufbar. In der dort angesiedelten Online-Community können sich Interessierte Interessierte darüber hinaus direkt austauschen und informieren.



Deutschlands nachhaltigste Städte und Gemeinden ausgezeichnet



Foto: Frank Fendler

Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Busso Grabow
Telefon: 030/39001-248
E-Mail: grabow@difu.de
www.nachhaltigkeitspreis.de/



Foto: Difu

Weitere Informationen:

Eva Karcher
Telefon: 030/39001-235
E-Mail: karcher@difu.de
www.klimaschutz.de/kommunen

Beratungshotline

Telefon: 030/39001-170

Veranstaltungsvorschau auf das erste Quartal 2015

Weitere Infos, Einzelprogramme und Anmeldung:

Difu-Seminare

Fortbildungssekretariat (S)
Telefon:
030/39001-258/259/148
E-Mail: fortbildung@difu.de

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

Cornelia Schmidt (P)
Telefon: 030/39001-208
E-Mail: schmidt@difu.de

Fahrradakademie

Simone Harms (F)
Telefon: 030/39001-132
E-Mail: harms@difu.de

Öffentliche Statuskonferenz zur BMBF-Fördermaßnahme INIS

Katja Kreutziger (INIS)
Telefon: 030/39001-172
E-Mail: kreutziger@difu.de

Service- und Kompetenzzentrum Klimaschutz

Stefanie Menzel (K)
Telefon: 030/39001-219
E-Mail: menzel@difu.de

Luise Wildermuth (K)
Telefon: 0221/340308-306
E-Mail: wildermuth@difu.de

Die Kürzel in Klammern stehen für die Ansprechpartnerin zur jeweiligen Veranstaltung.

Details und Einzelprogramme stets aktuell im Difu-Internet:

<http://www.difu.de/veranstaltungen>

Der Trend zum Pedelec – Was kommt auf Kommunen zu?

Webinar: E-Learning in der Fahrradakademie;
8. Januar 2015, 14 –15 Uhr, Internet (F)

Gentrifizierung: „Phänomen“, Messbarkeit und Handlungsoptionen

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte, öffentliche, kostenfreie Vortrags- und Diskussionsveranstaltung, 14. Januar, 17 Uhr, Berlin (P)

Informationstour zu Fördermitteln im kommunalen Klimaschutz

Service- und Kompetenzzentrum Kommunale Klimaschutz (SK:KK), 15. Januar, Erfurt (K)

Fachseminar Klimaschutz in kleinen Städten und Gemeinden

15. Januar, Rostock (K)

Radverkehr fördern in Klein-, Mittelstädten und Landkreisen

15. Januar, Detmold; 21. Januar, Brandenburg/Havel; 28. Januar, Wismar; 4. Februar, Würzburg; 10. Februar, Ulm (F)

Intelligente und multifunktionelle Infrastruktursysteme für eine zukunftsfähige Wasserver- und Abwasserentsorgung (INIS)

Öffentliche Statuskonferenz zur BMBF-Fördermaßnahme INIS
Shortlink: <http://bit.ly/1z02rDz>
20. – 21. Januar, Bürgerhaus Wilhelmsburg, Hamburg (Konferenz INIS)

Einfache und kostengünstige Infrastrukturmaßnahmen

Webinar: E-Learning in der Fahrradakademie;
5. Februar 10.30–11.30 Uhr, Internet (F)

Umweltgerechtigkeit in der Stadt

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte, öffentliche, kostenfreie Vortrags- und Diskussionsveranstaltung, 18. Februar, Berlin (P)

Partner in der Stadtentwicklung – Konkurrenz, Mehraufwand oder Bereicherung?

23.–24. Februar, Berlin, (S)

Urbanes Grün – Neue Wege und Konzepte in Kommunen

2.–3. März, Köln, (S)

Bau, Unterhalt und Betrieb von Radverkehrsanlagen

3.–4. März, Frankfurt am Main; 16.–17. März, Berlin; 18.–19. März, Lüneburg (F)

Fernbusverkehr in Kommunen – Strategien zum Umgang mit dem wachsenden Fernbusverkehr

9.–10. März, Mannheim, (S)

Die neue Berliner Wohnungsnot?

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte, öffentliche, kostenfreie Vortrags- und Diskussionsveranstaltung, 11. März, Berlin (P)

Gender und Diversity in der Stadt der Zukunft: Konzepte, Prozesse, Beteiligung

16.–17. März, Berlin, (S)

Erfahrungsaustausch Soziale Stadt

19.–20. März, Berlin, (S)

Fern von der Sonnenseite der Stadt – Wohnraumversorgung für Bedürftige

23.–24. März, Berlin, (S)

Difu-Ansprechpartnertreffen 2015

Das Jahrestreffen der Difu-Ansprechpartner aus Difu-Zuwenderstädten und -verbänden findet am 25. und 26. Juni 2015 in Berlin statt. Bitte merken Sie sich den Termin vor.

Nähere Informationen zum Programm erhalten die Difu-Ansprechpartner wie immer direkt per E-Mail.

Die Unterlagen des Jahrestreffens 2014 in Berlin finden Difu-Zuwender im Extranet:
Shortlink: <http://bit.ly/1siZNtn>

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-208/-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de



Konversionsflächen: Makel oder Anstoß zu nachhaltigen Strategien?

Bei dem zusammen mit der Gastgeberstadt Hanau durchgeführten Seminar zu Konversionsflächen wurde zunächst durch Akteure aus der Stadt(verwaltung) vorgestellt, was in Hanau in den letzten sechs bis acht Jahren beim Umgang mit Konversionsflächen erreicht wurde. Es wurde deutlich, dass in Hanau frühzeitig der Kontakt zu den „Verantwortlichen“ gesucht wurde, so dass zeitnah nach Bekanntwerden der Aufgabe der Militärstandorte mit der Planung und Konzeptarbeiten begonnen sowie Umsetzungsstrukturen geschaffen werden konnten. Ebenso frühzeitig wurden – auch mit Unterstützung von Partnern wie der Sparkasse – die Tore für Investoren geöffnet bzw. versucht, deren Interessen und Möglichkeiten auszuloten. Dies erfolgte beispielsweise durch „Kamingespräche“ und Touren über die verlassenen Gelände.

Vermittelt wurde, eine Konversionsfläche zunächst als Wert und Chance zu begreifen. Dass dieser Wert subjektiv wahrgenommen und finanziell ungleich bewertet wird, wurde ebenfalls deutlich. Entsprechend diskutierten die Teilnehmer über unterschiedliche Handlungslogiken und Interessen von Vertretern der Planung und der Investitionswirtschaft. Grundsätzlich konnte die Entwicklung der Konversionsflächen in Hanau neue Impulse für die gesamtstädtische Entwicklung setzen. Weitere Schlaglichter aus den Hanauer Erfahrungen sind u.a.

- die Sicherung einer gestalterischen Qualität durch Wettbewerbe,
- viel und vielfältige Kommunikation im Vorfeld sowie
- die frühzeitige Erstellung einer ganzheitlichen Konzeption bei zugleich sensiblem Umgang mit den jeweiligen Einzel-Standorten.

Ein weiterer Programmpunkt war die Besichtigung von Konversionsflächen. Erste Areale sind – insbesondere zur Wohnnutzung – umgestaltet, andere befinden sich in der Umsetzung. Zweifellos profitiert Hanau von den Wohnungsmarkt-Engpässen im Rhein-Main-Gebiet. Dabei steht die Stadt paradoxerweise auch vor dem Problem, fast intakte Wohngebäude aufgrund der Nähe zu geruchsintensivem Gewerbe abreißen zu müssen.

Auch die Erfahrungen anderer Städte wurden in den Blickpunkt genommen. So wurden anhand der Entwicklungen in Tübingen, Nürnberg und Paderborn unterschiedliche Stadtgrößen, Umsetzungsphasen und Kulturen im Umgang mit Konversionsflächen diskutiert.

Gegenstand des Seminars waren auch Regionen und Standorte, die weniger von Wachstumsdruck geprägt sind. Dies wurde z.B. anhand einer Landesgartenschau in Hemer diskutiert. Als Exkurs wurde Urban Mining vorgestellt. Zwar wurde in dem Vortrag deutlich, dass ein Rückbau von Gebäuden unter fiskalischer Berücksichtigung der Wiederverwertbarkeit einzelner Materialien aktuell nicht rentabel sei. Gleichzeitig stimmte aber die Darstellung der Endlichkeit einzelner Ressourcen wie Kupfer oder Eisenerz nachdenklich, wenn gleichzeitig vor Augen geführt wird, welche versteckten Materialien sich in Hochbauten befinden, die im Rahmen von Konversionsmaßnahmen abgerissen und entsorgt werden. Ein weiterer Beitrag beschäftigte sich mit der Situation in Osteuropa. Bei allen Schwierigkeiten, die hierzu konstatiert wurden, wie rechtliche Rahmenbedingungen, finanzielle Engpässe oder eigenwillige Akteurskonstellationen, wurde deutlich, dass die Herausforderungen in osteuropäischen Ländern sich noch einmal deutlich davon abheben. Bei kaum vorhandener öffentlicher Förderung und noch hierarchischen Strukturen ist das Gelingen oder Misslingen einer sinnvollen Nutzung von Konversionsflächen in erheblichem Umfang von Investoren und damit Einzelinteressen und deren Engagement abhängig.

Bestätigt wurde im Seminar, dass die Ausgangssituation, der Umgang mit Konversionsflächen und die Akteurskonstellationen nicht immer übertragbar sind. Gleiches gilt für den Umgang mit der Öffentlichkeit in einem solchen Prozess. Einigkeit herrschte bei den Teilnehmenden darüber, dass Transparenz gegeben und ein Informationsfluss gewährleistet werden müssen. Deutlich wurden hier aber grundsätzlich unterschiedliche Wege im Umgang mit der Bürgerschaft. Während die einen jegliche Form der Mitsprache bei der Entwicklung der Konversionsflächen ablehnen, nehmen andere die Entwicklung von Konversionsflächen zum Anlass, um neue Formate wie E-Partizipation auszuprobieren.

Weitere Informationen:

Dr. Elke Becker

Telefon: 030/39001-149

E-Mail: ebecker@difu.de



Fotos: Elke Becker





Eröffnungsvortrag von Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly



Erfahrungsaustausch



Abendliche Exkursion in die Nürnberger Altstadt

Fotos: Stephanie Bock

Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Stephanie Bock
Telefon: 030/39001-189
E-Mail: bock@difu.de

Dr. rer. soc. Bettina Reimann
Telefon: 030/39001-191
E-Mail: reimann@difu.de

Erfahrungsaustausch Bürgerbeteiligung

Auf dem Weg zu einer kommunalen Beteiligungskultur

Das Thema Bürgerbeteiligung wurde im Herbst 2014 auf vielfachen Wunsch von Teilnehmenden der Difu-Seminare erstmals in einem neuen, eigenständigen Format angeboten: als regional verankerter Erfahrungsaustausch. Die Premiere am 8. und 9. Oktober 2014, zu der das Difu und die Stadt Nürnberg eingeladen hatten, verlief erfolgreich. Die rund 70 Teilnehmenden diskutierten intensiv ihre Erfahrungen mit unterschiedlichen Modellen einer kommunalen Beteiligungskultur. Bei den Impulsen, die neben einem bayerischen Schwerpunkt (Nürnberg, München und Bamberg) auch aus dem Deutschen Städtetag, aus Potsdam, Bremen und Hamburg kamen, kristallisierten sich aktuelle Interessens- und Diskussions-schwerpunkte heraus. Im Mittelpunkt standen Fragen und Erfahrungen

- zur Organisation einer Beteiligungskultur, welche an Verwaltung, Politik und Bürgerschaft hohe Anforderungen stellt und zum Teil eine Neuausrichtung der jeweiligen Rolle und des Zusammenspiels verschiedener Akteursgruppen erfordert,
- zur sozialen Inklusion und Öffnung von Beteiligungsprozessen für ein möglichst breites soziales Spektrum der Bevölkerungsgruppen – wohl wissend, dass Beteiligungsprozesse oft sozial sehr selektiv laufen und daher nicht repräsentativ sind,
- zu Formen und Möglichkeiten einer Einbindung und Mitwirkung der Akteure der (Kommunal-)Politik an einer Beteiligungskultur und
- zu Wirkungen und Ergebnissen von Beteiligungsprozessen.

In seinem Eröffnungsreferat plädierte Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly eindrucksvoll dafür, dass Beteiligungskultur nicht einfach mit einem Instrumentenkoffer eingelöst werden könne. Vielmehr bedürfe es eindeutiger Regeln, die Möglichkeiten und Grenzen definieren, und einer spezifischen Haltung, um Bürgerbeteiligung als Belebung der Demokratie zu stärken. Dabei komme der Politik eine besondere Rolle mit Blick auf Fragen der Repräsentativität von Bürgerbeteiligung, der Betroffenheit und des Allgemeinwohls zu. Bei Fragen der Stadtentwicklung und -planung müsse die Politik häufig vorangehen, dürfe dabei aber die Bürger nicht überfahren.

In den weiteren Beiträgen und Diskussionen wurde bezogen auf das Spektrum der Beteiligten herausgestellt, dass Bürgerbeteiligung niemals alle erreichen wird. Es müssten jedoch Beteiligungsformen gewählt werden, die grundsätzlich die Möglichkeit zur Beteiligung unterschiedlicher Gruppen eröffneten. Eine weitere wichtige Frage richtete sich auf den Zeitpunkt der Bürgerbeteiligung. Einig waren sich die Anwesenden, dass Bürgerbeteiligung möglichst früh und lange vor den formalen Verfahren beginnen müsse. Der richtige Zeitpunkt für Bürgerbeteiligung im Rahmen von Stadtplanungsprozessen sei gleichwohl nicht einfach und eindeutig zu finden. Die Antwort hierauf, so Maly, sei eine Diskussion, die immer wieder neu geführt werden müsse. Vorgestellt und diskutiert wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Schnittstellen zwischen formellen und informellen Beteiligungsverfahren, die bisher oft noch unzureichend funktionieren. Der Blick über den disziplinären Tellerrand öffnete die Augen dafür, dass Sprache eine ganz wesentliche Voraussetzung für Partizipation ist.

Insgesamt wurde festgestellt, dass die Weiterentwicklung einer kommunalen Beteiligungskultur auch die Diskussion um die Grenzen der Bürgerbeteiligung umfasst. Wichtig sei hierbei, dass in jedem Beteiligungsverfahren der Handlungsspielraum und die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung klar definiert und kommuniziert werden. Dabei gehöre auch die Möglichkeit des Scheiterns einer Beteiligung zum Aufbau einer Beteiligungskultur dazu. Die Gestaltung einer kommunalen Beteiligungskultur, so ein Fazit, ist und bleibt Voraussetzung und kann nicht durch einen Griff in den Instrumentenkasten gelöst werden. Beteiligungskultur ist zudem vielfältig, stellt sich in jeder Kommune anders dar und muss entsprechend gestaltet werden.

Das positive Feedback zu der Veranstaltung bestätigte die Planungsentscheidung des Difu, diesen Austausch in Zusammenarbeit mit einer Stadt künftig jährlich durchzuführen. Gastgeber des nächsten Erfahrungsaustausches, der in der zweiten Jahreshälfte 2015 stattfinden soll, wird die Stadt Wiesbaden sein.

Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung

Die Stadt Bremerhaven war in diesem Jahr Gastgeberin des 44. Interkommunalen Erfahrungsaustauschs zur Stadterneuerung und Sozialplanung – einer Veranstaltungsserie mit langer Tradition, die im Frühjahr 1973 als Reaktion auf die drängenden kommunalen Herausforderungen gestartet wurde.

Die Seestadt Bremerhaven ist die einzige deutsche Großstadt an der Nordsee und hat im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels, insbesondere durch den Niedergang der Werftindustrie, in den letzten zwei Jahrzehnten einen starken Rückgang der Einwohnerzahlen erfahren: Die Bevölkerung reduzierte sich um mehr als ein Fünftel von knapp 143 000 Einwohnern Anfang der 1970er-Jahre auf heute noch rund 113 000 Einwohner. In der Folge sind besonders im Innenstadtbereich umfangreiche Wohnungsleerstände entstanden. Ähnlich wie beispielsweise in Görlitz ist das bauliche „Kleid“ der Stadt im Prinzip zu groß und in Verbindung mit dem demografischen Wandel eine erhebliche Herausforderung für die Kommune. Standen zunächst zahlreiche Abrisse am Stadtrand zur Reduzierung der Wohnungsleerstände im Vordergrund, so so konzentriert man sich nun auf die Aufwertung der Bereiche der inneren Stadt.

Die rund 80 teilnehmenden Fachleute konnten sich davon überzeugen, wie neben Wohnungsbau und Sanierungsprojekten sowie Neugestaltungen der öffentlichen Freiräume auch Tourismus und die Windenergiebranche das Gesicht der Stadt merkbar verändert haben. So sind die zentral am Meer gelegenen „Havenwelten“ – eine touristische „Sehmeile“, um die sich mehrere Ausstellungsinstitutionen gruppieren – inzwischen überregional als Marke bekannt. Aber auch in den Stadtteilen tut sich viel: ein herausragendes Projekt ist beispielsweise die Freiraumgestaltung „Geestemünde geht zum Wasser“ bei der sich ein bislang vom Hafen abgeschotteter Stadtteil zum Wasser öffnet. Diese und weitere Projekte der Stadtentwicklung wurden im Rahmen thematischer Stadtrundgänge besichtigt und boten ebenso wie die informelle Abendveranstaltung breiten Raum für fachliche Diskussionen und Austausch.

Vor dem Hintergrund der von vielen anderen deutschen Großstädten abweichenden Bremerhavener Situation, widmete sich die abschließende Podiumsdiskussion dem Thema

„Schrumpfung, Stagnation, Wachstum – Land in Sicht? Strategien der Stadtentwicklung bei unterschiedlichen Ausgangslagen“. Angeregt durch den Vortrag „Kultur als wichtiger Beitrag zur Stadterneuerung“, in dem der Frage nachgegangen wurde, wie mit meist nicht förderfähigen künstlerischen Interventionen im Stadtraum oder temporären Zwischennutzungen Teilbereiche der Stadt wieder ins Bewusstsein geholt, die Bevölkerungsabwanderung aus Quartieren gestoppt und (zaghafte) Neuinvestitionen angeregt werden können, diskutierten der Leiter des Kulturbüros in Bremerhaven Jochen Hertrampf, die Bremerhavener Stadtbaurätin Dr. Jeanne-Marie Ehbauer und Norbert Friedrich vom Stadtplanungsamt der Stadt Bremerhaven mit den Tagungsteilnehmern.

Das Bremerhaven den Titel „Seestadt“ zu Recht trägt und welche zentrale Bedeutung Hafen, Handel und schifffahrtsnahe Nutzungen für die Stadt heute noch haben, konnte im Rahmen einer anschließenden Tour auf der Weser und durch den Containerhafen „erlebt“ werden.

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing.

Wolf-Christian Strauss

Telefon: 030/39001-296

E-Mail: strauss@difu.de



Terminhinweis:

45. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung
10.–12. Juni 2015 in Dresden



Fotos: Wolf-Christian Strauss

Gartenschauen – Trends, Konzepte und Perspektiven



Fotos: Christa Böhme

Volkspark Potsdam,
Bundesgartenschau 2001

Bundes- und Landesgartenschauen sind heute längst mehr als Leistungsschauen für Gartenbau und Gartenarchitektur mit touristischem und kulturellem Anspruch. Zunehmend entwickeln sie sich zu Motoren der Stadtentwicklung, was die Revitalisierung brachgefallener Stadträume sowie die Entwicklung von Quartieren mit Unterstützung von Gartenschauen eindrucksvoll belegen. Darüber hinaus geben Gartenschauen wichtige Impulse für die Freiraumentwicklung im städtischen Kontext. In jüngerer Zeit geht es dabei auch verstärkt um übergreifende Aufgaben wie die Wiederherstellung von Landschaften, die Entwicklung und Profilierung von (Metropol-)Regionen oder die Anpassung an den Klimawandel.

An die vielfältigen Potenziale von Bundes- und Landesgartenschauen knüpfte das im September 2014 durchgeführte Difu-Seminar „Gartenschauen: Trends, Konzepte und Perspektiven“ an. Im Seminar wurden anhand konkreter Praxisbeispiele Chancen und Risiken bei der Planung, Durchführung und Nachbereitung von Gartenschauen erörtert und diskutiert. Gleichzeitig wurde ein Überblick über aktuelle und künftige Aufgaben, Einsatzmöglichkeiten von Gartenschauen und zu neuen Konzepten gegeben.

Die Beiträge und Diskussionen verdeutlichten, dass Gartenschauen nur dann die Funktion als Motor der Stadtentwicklung entfalten können, wenn sie aktiv durch Kommunalpolitik und Stadtverwaltung unterstützt und die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen gebündelt zur Verfügung gestellt werden. Zudem erfordert die Bewältigung der komplexen Aufgabe „Gartenschau“ den Rückhalt und die Zustimmung seitens der Stadtbevölkerung. Die positiven Effekte eines derartigen Großereignisses wirken lange nach, wenn substanzielle Verbesserungen von Stadt- und Erholungsräumen sowie von vernetzenden Infrastrukturen z.B. für Bewohner, Fußgänger, Radfahrer, Erholungssuchende, Freizeitsportler und Touristen erreicht werden.

Zudem können folgende Punkte als Ergebnisse des Seminars festgehalten werden:

- In Gartenschau-Kommunen wächst das Bewusstsein für den Wert des kommunalen Grüns – bei Politikern, in der Verwaltung und in der Bürgerschaft.

- Wenn Gartenschauen sich mit aktuellen, regionalspezifischen Fragestellungen beschäftigen, bleiben sie ein zukunftsträchtiges Modell. Zukünftige Themen von Gartenschauen könnten beispielsweise „Demographischer Wandel“, „Klimaneutralität“, „Innerstädtisches, lebenswertes Wohnen“ oder „Gesundheit“ sein.
- Insbesondere in Großstädten müssen sich Gartenschauen im Wettbewerb mit anderen publikumswirksamen Events behaupten und entsprechend z.B. in Bezug auf ihr kulturelles Rahmenprogramm ein eigenes Profil entwickeln.
- Die Beteiligung der Bürger spielt auch bei der Vorbereitung und Planung von Gartenschauen eine zunehmend große Rolle. Diese Beteiligungsprozesse bedürfen der Steuerung und qualitätsvollen Ausgestaltung. Gelingt die Beteiligung, kann eine hohe Identifikation der Bevölkerung mit der Gartenschau erreicht werden.
- Die Frage der Nachnutzung einer Gartenschau und der Weiterentwicklung der neu gewonnenen Grünflächen, der sogenannten Daueranlagen, muss – auch mit Blick auf die Finanzierung des Unterhalts und der Pflege – möglichst frühzeitig geklärt werden.

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. agr. Thomas Preuß
Telefon: 030/39001-265
E-Mail: preuss@difu.de

Dipl.-Ing. Christa Böhme
Telefon: 030/39001-291
E-Mail: boehme@difu.de



Britzer Garten in Berlin,
Bundesgartenschau 1985

Die „Große Lösung“ in der Kinder- und Jugendhilfe

Am 18./19. September 2014 fand die Tagung „Warten auf die Große Lösung. Hilfen und Unterstützung aus einer Hand – Anforderungen aus der Praxis an die Umsetzung“ im Deutschen Institut für Urbanistik statt. Mit der „großen Lösung“ ist die Eingliederung aller behinderten Kinder und Jugendlichen in das SGB VIII gemeint. Bisher erhalten nur seelisch behinderte Kinder und Jugendliche über § 35a SGB VIII Hilfen. Ziel der Tagung war es, den Kommunalvertretern eine Plattform zu bieten, zum Mitreden, Mitgestalten und zum Übermitteln von Vorschlägen an den Gesetzgeber. Zu Beginn wurden in einer Podiumsdiskussion „(Fach)politische Schritte, Positionierungen und Empfehlungen auf dem Weg zur Großen Lösung“ diskutiert, die in eine intensive Plenumsdiskussion mündeten.

In der Diskussion äußerten mehrere Teilnehmer ihr Unverständnis darüber, dass sich auf der politischen Ebene so wenig bewegt. Es wurde u.a. die Frage gestellt, ob „Experimentierklauseln“ möglich und Modellprojekte geplant sind. Auf diese Weise könnten bereits jetzt einzelne Kooperationsformen erprobt und Inklusionsprojekte in den Hilfen zur Erziehung oder in der Kooperation mit der Schule initiiert und begleitet werden. Die Podiumsteilnehmer plädierten dafür, die Chancen zu nutzen, die sich durch das neue Bundesteilhabegesetz ergeben. Eine Große Lösung, so wie sie bisher diskutiert wurde, werde nur schwer umsetzbar sein, aber die Kooperation der Systeme miteinander könnte verbessert werden. Vor allem sei wichtig, vom Kind aus zu denken, dessen Rechte in den Mittelpunkt zu stellen und daran im Sinne eines Qualitätsentwicklungsdialogs die Hilfen zur Erziehung auszurichten. Die Tagung sollte als Initialzündung für gesetzgeberische Tätigkeiten genutzt werden. Die fachpolitischen Forderungen waren eindeutig. Bisher kranke die Debatte daran, dass die Jugendhilfe zu selten (ihre) Schnittstellen beschrieben und Lösungen angeboten hat. Dies bestätigte auch Prof. Dr. Jörg M. Fegert, Ärztlicher Direktor, Universitätsklinikum Ulm, in seinem Vortrag. Die Jugendhilfe müsse aktiv werden, besser kooperieren, Entwicklungen nicht nur passiv erdulden, sondern sich konzeptionell an dem Prozess beteiligen. Er machte außerdem darauf aufmerksam, dass seiner Meinung nach in der Inklusionsdebatte derzeit die Kindeswohlperspektive fehle und es erforderlich sei, den gesell-

chaftlichen Anspruch auf Inklusion gegen die Rechte der Kinder zu stellen und zu prüfen.

Gila Schindler, Anwältin, Sojura – Kanzlei für soziale Sicherheit Heidelberg, vertritt als Anwältin Familien mit behinderten Kindern, die mehr Förderung und Unterstützung unterschiedlicher Art erhalten möchten. In ihrem Vortrag stellte sie vier anonymisierte Einzelfälle aus Sicht betroffener Familien vor und machte daran deutlich, dass die Sozialhilfe als Experte für die Eingliederungshilfe den spezifischen Bedarf von Kindern und Jugendlichen und deren Eltern nicht im Blick hat. Man könne es nicht darauf ankommen lassen, dass im Einzelfall stets mit gerichtlichen Klagen versucht wird, den Bedarf der Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien zu decken. Sie nahm Bezug auf die Empfehlungen der interkonferenziellen Arbeitsgruppe zur Großen Lösung im SGB VIII und stellte fest, dass diese vor dem Hintergrund der Entwicklung zu einem Bundesteilhabegesetz vorläufigen Charakter erhalten. Die Aussicht auf die vermeintlich kurz bevorstehende Gesamtverantwortung der Kinder- und Jugendhilfe führe in der Praxis zu einer „Ganz oder gar nicht-Haltung“. Auf bestehender rechtlicher Grundlage ließe sich grundsätzlich sicherstellen, dass Kinder und Jugendliche mit Behinderungen die Hilfen erhalten, die sie zur Teilhabe und für eine positive Entwicklung benötigen. Das setzt allerdings voraus, dass sich jemand für die Durchsetzung dieser Rechte stark macht.

Thema des zweiten Tages war: Was können wir schon heute aus der Praxis lernen? Wo gibt es Konzepte, die beides im Blick haben – den klassischen Bedarf der Jugendhilfe (Hilfe zur Erziehung) und den Bedarf der Eingliederung von Kindern mit seelischer, aber auch mit körperlicher und geistiger Behinderung? Wo werden diese Aspekte schon in die Hilfeplanverfahren einbezogen, um so zu einer gemeinsam abgestimmten Hilfestellung zu kommen? Wo gibt es Rahmenvereinbarungen auf der abstrakten Ebene, die beide Leistungssysteme zusammenzuführen versuchen? Dies wurde intensiv in sechs Arbeitsgruppen diskutiert. Als Fazit lässt sich zusammenfassen: Es ist Zeit aktiv(er) zu werden und besser, Praxiswissen zu sammeln als Bedenken.



Lorenz Bahr, Landschaftsverband Rheinland, Köln und Dr. Heike Schmid-Obkirchner, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin



Verena Göppert, Deutscher Städtetag, Berlin und Harald Diehl, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz



Prof. Dr. Jörg M. Fegert, Universitätsklinikum Ulm



Gila Schindler, Anwältin, Heidelberg

Fotos: Rita Rabe

Weitere Informationen:
AG Fachtagungen
Jugendhilfe im Difu
Dipl.-Soz. Kerstin Landua
Telefon: 030/39001-135
E-Mail: landua@difu.de



Urban Future

Difu an internationaler Konferenz beteiligt

Am 18. und 19. November 2014 fand in Graz die internationale „URBAN FUTURE Global Conference“ mit rund 1 000 Teilnehmenden aus 43 Nationen statt. Partner der Konferenz waren u.a. die Vereinten Nationen, die EU-Kommission und die Stadt Graz. Die Konferenz war angekündigt als eine der wenigen weltweiten Veranstaltungen, die bei der Frage, wie Städte und Ballungsräume nachhaltig entwickelt werden können, den Fokus nicht auf ein Thema legen, sondern mit den Schwerpunkten Mobilität, Energie, Stadtplanung und Kommunikation, in denen insgesamt knapp 200 Vorträge angeboten wurden, die wichtigsten Stellschrauben inhaltlich aufgreifen wollte. Ziel war es, den Verantwortlichen aus den Städten aufzuzeigen, wie Kommunen weltweit bereits heute nachhaltig und ökologisch entwickelt werden können und was jeder selbst – nicht theoretisch, sondern ganz konkret – bewirken kann.

Im Schwerpunkt Kommunikation, der sich vor allem den Kommunikationsformen von Städten mit ihren Bürgern widmete, präsentierte das Difu gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Heidelberg, Saarbrücken, Potsdam und Graz die Session „Von Inseln der Beteiligung zu einer integrierten Beteiligungskultur“. Auf der Basis von Forschungsergebnissen zu Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Beteiligungskultur regten die

vorgestellten Praxisbeispiele der mitwirkenden Städte zu einer intensiven Diskussion über die Bedeutung gemeinsamer Spielregeln und zur Reflexion der Rollen von Verwaltung, Politik und Bürgerschaft im Rahmen einer kommunalen Beteiligungskultur an. Offen blieben u.a. wichtige Fragen nach der Umsetzung des Anspruchs an Repräsentativität und der Mitwirkung der „immer Gleichen“. Strittig blieb auch die Einschätzung des richtigen Zeitpunkts der Beteiligung.

So interessant und weiterführend die Diskussionen im Themenbereich Kommunikation waren, so zeigte sich, dass eine Verknüpfung der verschiedenen inhaltlichen Themenschwerpunkte aufgrund der Vielzahl der Vorträge nicht möglich war. Themenübergreifende Diskussionsrunden waren nicht vorgesehen, so dass es beim Eindruck von vier parallel stattfindenden Konferenzen unter einem Dach bleiben musste. Offen und weiterhin diffus blieb dabei auch das Verhältnis von Nachhaltigkeit (sustainable) und Technologieentwicklung (smart). Eine inspirierende Ausnahme bildeten die Vorträge des abendlichen „Graz Talks“. Hier wurden nicht nur Gemeinsamkeiten und Widersprüche zwischen smart und nachhaltig aufgezeigt, sondern auch deutliche Appelle zum Umsteuern in den Städten formuliert.



Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Stephanie Bock
 Telefon: 030/39001-189
 E-Mail: bock@difu.de
<http://www.urban-future.at/>

Mit einer stimmungsvollen Impression der direkt vor dem Difu in Berlin verlaufenden – und schließlich entschwebenden – Lichtgrenze verabschieden wir uns für dieses Jahr von unseren Leserinnen und Lesern.

Wir wünschen für das neue Jahr Erfolg, Gesundheit, Zufriedenheit und viele positive Ereignisse!



Auswahl neuer Veröffentlichungen im Difu-Inter- und -Extranet

Online-Publikationen, Seminardokus, Vorträge

Veröffentlichungen

Difu-Berichte Heft 4/2014

<http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-aktuell>

Erstellung einer Geodatenbank aller Brücken und Straßen Deutschlands in kommunaler Baulast auf Open-Street-Map-Daten Basis

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=VU90DFOG>

Wohneigentum als Chance für Stadtentwicklung und Integration

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=8Y5Q70MK>

Baukulturbericht und Baukulturbarometer 2014/15

<http://www.bundesstiftung-baukultur.de/>

Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum (deutsche Fassung)

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=G9CB4U68>

Environmental justice in urban areas (english version)

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=F92SR58V>

Radverkehr in Deutschland

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=XHBUO619>

Veranstaltungsdokumentationen

Einzelhandel in der Stadt – Auslauf- oder Zukunftsmodell?

<http://www.difu.de/veranstaltungen/2014-11-13/einzelhandel-in-der-stadt-auslauf-oder-zukunftsmodell.html?embedded=9643>

Attraktiven ÖPNV entwickeln unter dem Handlungsrahmen eines novellierten PBefG – Erfahrungen und Lösungen

<http://www.difu.de/veranstaltungen/2014-11-10/attraktiven-oepnv-entwickeln-unter-dem-handlungsrahmen.html>

Erfahrungsaustausch Bürgerbeteiligung: Auf dem Weg zu einer kommunalen Beteiligungskultur

<http://www.difu.de/dokument/erfahrungsaustausch-buergerbeteiligung-auf-dem-weg-zu-einer.html>

Korruptionsprävention in Kommunalverwaltungen und öffentlichen Unternehmen: Problem erkannt – Gefahr gebannt?

<http://www.difu.de/dokument/korruptionspraevention-in-kommunalverwaltungen-und.html>

Konversionsflächen: Makel oder Anstoß für neue nachhaltige Strategien?

<http://www.difu.de/dokument/konversionsflaechen-makel-oder-anstoss-fuer-neue.html>

Zwischennutzungen als Impulsgeber für Stadtentwicklung und Wirtschaft

<http://www.difu.de/dokument/zwischenutzungen-als-impulsgeber-fuer-stadtentwicklung-und.html>

Gartenschauen: Trends, Konzepte und Perspektiven

<http://www.difu.de/dokument/gartenschauen-trends-konzepte-und-perspektiven.html>

Inklusion in deutschen Schulen: Erfahrungen und Handlungsbedarfe

<http://www.difu.de/dokument/inklusion-in-deutschen-schulen-erfahrungen-und.html>

Das aktuelle europäische Beihilferecht von Kommunen für Kommunen

<http://www.difu.de/dokument/das-aktuelle-europaeische-beihilferecht-von-kommunen-fuer.html>

Vorträge

Suchtprävention vor Ort. Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention – Erfahrungen aus der Wettbewerbsreihe

Von Bettina Reimann

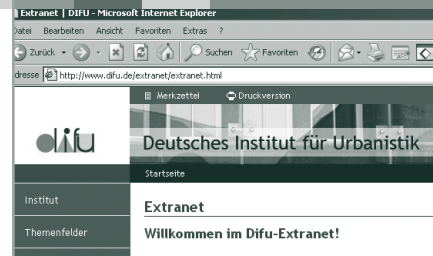
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2014-10-01/suchtpraevention-vor-ort-vorbildliche-strategien-kommunaler.html>

Umweltverträglicher Verkehr 2050: Argumente für eine Mobilitätsstrategie für Deutschland

Von Tilman Bracher, Jürgen Gies, Jörg Thiemann-Linden

http://www.difu.de/sites/difu.de/files/archiv/extranet/veranstaltungen/vortraege/14_bracher_verkehr-2050.pdf

Von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
http://www.difu.de/sites/difu.de/files/archiv/extranet/veranstaltungen/vortraege/14_beckmann_verkehr-2050.pdf



Infos im Difu-Extranet

Im Difu-Extranet sind Vorträge, Seminardokumentationen und -berichte, Veröffentlichungen und viele weitere kommunalbezogene Informationen zu finden. Über die Difu-Homepage gelangen Zuwender an diese exklusiven Informationen über die Rubriken „Publikationen“ bzw. „Extranet“.

Ausschließlich Rat und Verwaltung aus Difu-Zuwenderstädten bzw. -Verbänden haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet: www.difu.de/extranet/

Übersicht der Difu-Zuwender: <http://www.difu.de/institut/zuwender>

Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.
Telefon: 030/39001-274
E-Mail: plagemann@difu.de



Das Difu auf Facebook

Die Neuigkeiten aus dem Difu gibt es auch auf Facebook. Die Seite ist öffentlich zugänglich, auch ohne eigenen Facebook-Account.
<https://www.facebook.com/difu.de>

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de



Foto: Doris Reichel

Difu aktiv-Ticker – Auswahl

Am 16.10. referierte **Tilman Bracher** in Berlin auf der Konferenz „Umsteuern – künftige Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur“ des Forums ökologisch-soziale Marktwirtschaft zu „Finanzierung der Mobilität. Solides Haushalten für einen modernen Verkehr“.

Christa Böhme hielt am 4.11. auf der Tagung „Gesundheitsförderliche StadtLandschaften der Zukunft“ der Universität Bielefeld den Impulsvortrag „Urban Health als Thema der Stadtentwicklung: Erfahrungen aus der Praxis“.

Am 15.9. berichtete **Prof. Dr. Arno Bunzel** beim Erfahrungsaustausch des DStGB über die Ergebnisse der „Grundlagenforschung zur Baugebietstypologie der BauNVO“, die „Studie zur Wirkungsweise von § 11 Abs. 3 BauNVO“ sowie über Ergebnisse der Beratungen des 5. Baugerichtstages zum Verhältnis von Städtebaurecht und Immissionsschutzrecht.

Am 28.8. referierte **Dr. Thomas Franke** bei der Tagung „Städte- und Kreispartnerschaften 2.0 – Neue Wege für die interkommunale Zusammenarbeit“, die von der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes NRW sowie den drei nordrhein-westfälischen kommunalen Spitzenverbänden ausgerichtet wurde, zum Thema „Städtepartnerschaften – Ergebnisse der Difu-Umfrage, EU-Aktivitäten von Städten, Gemeinden und Kreisen in Nordrhein-Westfalen“.

Dr. Beate Hollbach-Grömig wurde in den Beirat des Forschungsprojekts „Interkommunale Kooperation“ der Hans-Böckler-Stiftung berufen.

Am 7.11. referierte **Cathrin Gudurat** in Homburg/Saar bei der Veranstaltung „Landschaft Klimschutz“ der Masterplankommune St. Ingbert sowie der „10. Kommunalbörse“ des Wirtschaftsministeriums Saarland in Dillingen/Saar über das aktuelle kommunale Förderprogramm des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

Bei der 7. Jahrestagung „Kommunaler Energiedialog“ in Dresden stellte **Anne Klein-Hitpaß** am 10.11. die Ergebnisse der Difu-Städtebefragung „Elektromobilität in Kommunen“ vor.

Am 4.11. referierte **Christine Krüger** beim „3. Forum Zukunftsfragen Energie: Klimaschutz – Chancen, Risiken, Nebenwirkungen“ des Kompetenzzentrums Energie, der Hochschule und den Stadtwerken Osnabrück zu aktuellen Fördermöglichkeiten für Kommunen im Bereich Klimaschutz.

Jens Libbe moderierte beim 8. Netzwerk21-Kongress am 23.10. in München den Workshop zum Thema „Kommunale Daseinsvorsorge zwischen Rekommunalisierung und Public Private Partnership“. Am 5.11. präsentierte er beim parlamentarischen Arbeitsgespräch der ARL Thesen zu „Lokalen und regionalen Anforderungen der Energiewende“.

Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden referierte am 13.10. beim Finanzausschuss des DST in Hamburg über die „Difu-Institutsstrategie 2020+“ und hielt Vorträge am 21.10. beim VDE-Kongress „Städte der Zukunft – globale Strömungen versus kommunale Bedürfnisse“ in Frankfurt/Main, am 27.10. auf der Euregia in Leipzig zu „Beteiligung in Zeiten des Wutbürgers“, am 1.11. bei der School of Architecture, Southeast University Nanjing, China, über „Industrial Heritage in Germany – Challenges and Opportunities“, am 17./18.11. beim Konvent der Baukultur in Potsdam, und am 24.11. beim Wohnungspolitischen Forum des IFS „Wohnungsbau braucht Bauland – zu Akzeptanz und Grenzen der Innenentwicklung“.

Dr. Darla Nickel stellte am 23.10. auf der Konferenz „Aqua Urbanica“ in Innsbruck die BMBF-Fördermaßnahme INIS vor und war Teilnehmerin der anschließenden Podiumsdiskussion „Herausforderungen für die Siedlungswasserwirtschaft“.

Dr. Bettina Reimann hielt am 7.11. im Rahmen eines Fachgesprächs „Kommunalpolitische Bildung in Berlin“ bei der Landeszentrale für politische Bildung in Berlin einen einführenden Impulsvortrag zum Thema.

Bei der Preisverleihung zum Deutschen Verkehrsplanungspreis 2014 von SRL und VCD referierte **Jörg Thiemann-Linden** am 25.9. in Berlin zu „Bahnhöfen – aktuelle Gestaltung der Verknüpfung im Umweltverbund“. Bei der Tagung „Cyclescapes – Radfahren und Raumgestalt“ von UBA und Bauhaus Dessau am 7.11. stellte er das Berlin-Brandenburger Projekt EBike-Pendeln vor.

Mediennachlese – Auswahl

[...] In den deutschen Metropolregionen steigen die Mieten seit Jahren. [...] Für Geringverdienende wird günstiger Wohnraum in Großstädten knapp. Gleichzeitig müssen in vielen ländlichen Regionen Schulen geschlossen werden, weil es nicht mehr genug Schüler gibt. Junge Erwachsene und Familien ziehen weg, weil sie keine Arbeit finden oder einfach lieber in der Stadt wohnen wollen. Die ländliche Bevölkerung überaltert. Die Folge: leerstehende Häuser, fehlende Einkaufsmöglichkeiten oder nicht nachbesetzte Arztpraxen. „Fast jedes Bundesland ist von dieser Entwicklung betroffen“, sagt Beate Hollbach-Grömig vom Deutschen Institut für Urbanistik (difu) in Berlin. [...] „Es gibt Problemräume, die vermutlich irgendwann entvölkert sein werden. Und nicht jede Maßnahme funktioniert in jeder Region.“ Innovativ zu denken, wie es die Kronacher täten, sei aber in jedem Falle gut. Vielleicht gäbe es in einigen Jahren tatsächlich Video-Konferenzen über das Internet als Ersatz für die Schule. In Schweden oder Australien sei das bereits der Fall. „Dann müssten Familien nicht wegziehen, nur weil es zu wenig Schüler für eine Schule gibt.“ **Die Zeit, 29.10.14**

[...] Die Städte haben zweifellos eine Schlüsselfunktion bei der Bewältigung der zahlreichen Herausforderungen, allen voran Klimawandel, Klimaanpassung, digitale Revolution, sozialer Zusammenhalt, demographischer Wandel sowie neue Formen von „Governance“. Kompakte Stadtstrukturen ermöglichen Energieeffizienz, eine nachhaltige Verkehrsabwicklung und effiziente Infrastruktursysteme. IuK-Technologien spielen dabei eine zentrale Rolle. Aktuelle Visualisierungen der „Stadt der Zukunft“ ähneln Zukunftsvisionen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, mit einem markanten Unterschied: Die Farbe Grün ist heute präsenter. Aus heutiger Sicht wissen wir, dass nicht alles technisch Machbare auch nachhaltig ist. Es bedarf einer Gesamtbetrachtung der komplexen Wirkungsgefüge, der gesellschaftlichen Auswirkungen sowie der Diskussion der Fragen von Suffizienz und Resilienz! **Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden, FAZ, Sonderbeilage, „Stadt der Zukunft“, 27.10.2014**

[...] Großstädte wie Köln stehen „vor einem ganzen Strauß an Herausforderungen“, sagt Jens Libbe vom Institut für Urbanistik. Ein Hauptproblem wird es etwa sein, ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Solche Herausforderungen müssen auch in Zeiten knapper Kassen angenommen wer-

den. So wirbt Libbe für eine mit den städtischen Unternehmen und dem Land abgestimmte „strategische Investitionsplanung“, um den Überblick über kommende Kraftanstrengungen zu behalten, aber auch auf überzeugender Grundlage mit Land und Bund über eine andere Aufteilung der Steuereinnahmen verhandeln zu können. Vor allem beim Umgang mit den Folgen des Klimawandels, einer der wichtigsten Herausforderungen der Zukunft, sei das nötig. [...] **Kölner Stadt-Anzeiger, 20.10.2014**

[...] Die perfekte Smart City gibt es nicht. Internationale Best-Practice-Beispiele aber zeigen, welche Wirkung auch einzelne Projekte entfalten können. Doch smarte Konzepte beschränken sich nicht auf Städte, wie eine niedersächsische 780-Seelen-Gemeinde beweist. Das „Bioenergiedorf Jühnde 2.0“ setzt auf dezentrale Energieversorgung mit Bürgerbeteiligung. „Das Thema ist auch in Kleinstgemeinden angekommen. Das Dorf Jühnde versucht, die Energie in der Region zu nutzen, um autark zu werden“, sagt Jens Libbe, Experte für Stadtentwicklung am Deutschen Institut für Urbanistik (DIFU) in Berlin. [...] **Christina Anastassiou, Die Welt, 20.10.2014**

[...] Die Städte müssen sich also auf ein ganzes Bündel sich ändernder Rahmenbedingungen einstellen. Immer kürzere Entwicklungszyklen bringen es mit sich, dass eine schnelle Reaktion Vorteile im Standortwettbewerb verspricht. Angesichts der nicht zu verkennenden Prognoseunsicherheiten dürfte das Angebot einer breiten Palette von Möglichkeiten in der Stadt bis hin zu flexiblen, anpassungsfähigen Grundrissen in Immobilien für den Erfolg eine wichtige Voraussetzung sein. In jedem Fall werden die Aspekte der „Qualität“ bei den „harten“ und „weichen“ Standortfaktoren für das Objekt, das Quartier und die gesamte Stadt sowie das Merkmal der „Identität“ noch an Bedeutung gewinnen. [...] **Martin zur Nedden, Leipziger Volkszeitung, 30.9.2014**

[...] Und die Zukunft des Sports entscheidet sich da, wo die meisten Menschen wohnen: in der Stadt. Es bleibt den Stadtverwaltungen daher gar nichts anderes übrig, als auf diesen Trend zu reagieren – schon aus eigenem Interesse. Sport ist zum Standortfaktor geworden, weit über die Etablierung erfolgreicher Profi-Mannschaften hinaus. Einer, der die Städte bei diesem langwierigen Projekt unterstützt, ist Rüdiger Knipp vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin. Er sagt:



Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Deutschen Instituts für Urbanistik

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 15, 10969 Berlin

Redaktion

Cornelia Schmidt (Red.-Assist.)
Sabine Wede (stud. Mitarbeiterin)
Jana Wegner (stud. Mitarbeiterin)
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

Layout + DTP

Elke Postler
Eva Hernández (Titel)

Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275
E-Mail: vertrieb@difu.de
Telefon: 030/39001-253

Redaktionskontakt und Berichte-Verteiler

Difu-Pressestelle
Telefon: 030/39001-208/-209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: presse@difu.de

Difu online:

<http://www.difu.de>
<https://www.facebook.com/difu.de>

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 40/vierteljährlich
Stand: 28. November 2014

ISSN

ISSN 1439-6343

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit und aufgrund des wenigen verfügbaren Platzes verzichten wir darauf, männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden.

Druck

AZ Druck und Datentechnik GmbH, Berlin. Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle. Belegexemplar/-Link/-PDF an die Difu-Pressestelle erbeten: presse@difu.de oder per Post, s.o.

„Wahrscheinlich war die Bereitschaft der Bevölkerung, Sport zu treiben, selten so groß wie heute. Sport verkörpert Leistungsfähigkeit, Gesundheit und einen aktiven Lebensstil.“ [...] Sicher ist, dass die Menschen immer älter werden – aber immer später alt sein wollen. Daher sind sie heute viel eher bereit, in Form von regelmäßiger Bewegung in die Gesundheitsprävention zu investieren. [...], Matthias Zimmermann, **Augsburger Allgemeine**, **27.9.2014**

[...] Die Bausubstanz der Bundesrepublik Deutschland hat den Wandel der Gesellschaft nicht mitvollzogen. 2004 lag die Hälfte aller Wohnungen in Westdeutschland, immerhin etwa 15 Millionen, in einem Ein- oder Zweifamilienhausgebäude. An den Häusern hängen Altersversorgungen, Nachbarschaften, die Hoffnung der Kinder auf ein Erbe. Das Haus ist kein austauschbares Konsumgut, es ist das Leben. Nur ändert es sich nicht mit dem Entwurf zu diesem Leben. Das klassische Eigenheim im Grünen bleibt, wie das Deutsche Institut für Urbanistik feststellt, „Ausdruck einer Wohnform auf der Grundlage unerschöpflicher fossiler Energien, grenzenloser motorisierter Mobilität und des Modells der traditionellen Kleinfamilie“. [...]. **stern**, **25.9.2014**

[...] Verkehr verursacht nach wie vor zu hohe Emissionen von Treibhausgasen und Schadstoffen wie Stickstoffdioxid und Feinstaub. Immer mehr Flächen werden für den Verkehr zugebaut und die Unfallzahlen bleiben hoch. Mit der Einführung einer PKW-Maut für Ausländer werden sich diese Probleme nicht lösen lassen, so die einhellige Meinung bei einer Diskussionsveranstaltung des Deutschen Instituts für Urbanistik, bei der zu Wochenbeginn in Berlin Experten und Politiker aufeinandertrafen. Stattdessen sei die Verkehrspolitik für alle Verkehrsträger wie Schiene, Straße, Schiffe und Flugzeuge gemeinsam zu planen und in Abstimmung aufeinander umzusetzen. [...], **Klimaretter.info**, **11.9.14**

[...] Trabantenstädte sind zwischenzeitlich als triste Orte und soziale Brennpunkte in Verruf geraten. [...] Es geht aber auch anders: „Kommunale Wohnungsunternehmen sowie Genossenschaften haben in der Regel großes Interesse daran, die Großsiedlungen in sozialer Balance zu halten“, sagt Ricarda Pätzold, wissenschaftliche Mitarbeiterin für Stadtentwicklung, Recht und Soziales beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu). Je stabiler die Situation, desto geringer sei auch der finanzielle und personelle Aufwand, um ein soziales Miteinander im gewünschten Rahmen zu gewährleisten. „Die Wohnungsunter-

nehmen müssen an Ort und Stelle präsent sein, damit die Mieter wissen, wo sie sich mit welchen Bedürfnissen hinwenden können“. [...] **Süddeutsche Zeitung**, **29.8.2014**

Gentrifizierung beschreibt die Verdrängung von Menschen aus ihrem ursprünglichen Wohnviertel. [...] Mit der Sanierung von Quartieren steigen die Mieten. Alteingesessene ziehen fort, Zahlungskräftige rücken nach. [...] Wie können Städte Modernisierungsprozesse lenken? [...] „Stoppen kann die öffentliche Hand solche Prozesse nicht völlig. Sie kann aber bemüht sein, sie sozial verträglich zu gestalten. [...] Die Bundesebene unter anderem durch die Mietgesetzgebung, die Bundesländer durch Bereitstellung von Mitteln für den sozialen Wohnungsbau, die Städte durch Angebote preisgünstigen Wohnraums, am besten durch eigene Wohnungsgesellschaften, durch Vergabe von Grundstücken mit Bindungen zur Schaffung preisgünstiger Wohnungen, eine entsprechend ausgerichtete Liegenschaftspolitik und die Förderung von Pilotprojekten wie neue Formen von Genossenschaften, eventuell durch Vergabe von Flächen in Erbpacht.“ Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden im Interview mit der **Saarbrücker Zeitung**, **22.8.14**

Mit dem Projekt „Pedelec-Korridor“ der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt soll getestet werden, wie geeignet die E-Bikes im Berufsverkehr im Vergleich zu Autos sind. Der Versuch läuft bis Herbst 2015 im Rahmen des „Schaufensters Elektromobilität“ der Bundesregierung. Derzeit sind 60 Berufstätige aus dem Bezirk und den Umlandgemeinden Stahnsdorf, Kleinmachnow und Teltow kostenlos mit Pedelects unterwegs, die ihnen Fahrradproduzenten zur Verfügung stellen. Die Testfahrer waren schnell gefunden, „die Nachfrage war größer als das Angebot“, sagt Jörg Thiemann-Linden vom Difu. [...], **Berliner Woche**, **11.8.2014**

[...] Neue innerstädtische Verkehrsachsen anzulegen ist heute kein Thema mehr. Inzwischen geht es eher darum, Straßen um- oder gar rückzubauen«, sagt Wolf-Christian Strauss vom Deutschen Institut für Urbanistik. Galten in den Siebzigern Hochstraßen noch als topmoderne Verkehrslösung, um die Autoflotte zu beschleunigen, werden sie jetzt wieder entfernt. Auch Schnellstraßen an Wasserfronten oder Flussläufen verschwinden: In San Francisco baute man sie nach dem letzten größeren Erdbeben zurück, in Madrid wurde die Nord-Süd-Achse entlang des Ebro unter die Erde gelegt, um eine Flusspromenade zurückzugewinnen. [...], **ZEIT Wissen**, **1.8.2014**

Versandkostenpauschale: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Rechnungsadresse:Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse: Telefon/Telefax: E-Mail: Datum/Unterschrift: **Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:**Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse:

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei alle ein bis zwei Monate und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).

Difu-Impulse**__ Expl. Kommunale Impulse für Nachhaltiges Wirtschaften**

NEU

Deutscher Städtetag (DST) und Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (Hrsg.)
Bd. 1/2015. 68 S., zahlreiche Fotos,
Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-538-7, in Vorbereitung

__ Expl. Generationengerecht und handlungsfähig bei leistungsfähiger Infrastruktur

Ansatzpunkte für eine nachhaltige Finanzplanung im Konzern Stadt – Das Beispiel der Stadt Köln
Von Stefan Schneider, C.-A. Goerl und Michael Thöne
Bd. 3/2014. 54 S., Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-531-8

__ Expl. Zukunftsfähige Energiekonzepte in Kommunen

Dokumentation des Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten am 22./23. April 2013 in Mannheim
Cornelia Rösler (Hrsg.)
Bd. 2/2014. 210 S., Schutzgebühr 23,- Euro
ISBN 978-3-88118-530-1

__ Expl. Beteiligungsprozesse – unterschätztes Potenzial in der Verkehrsplanung

Dokumentation der Fachtagung „Kommunal mobil“ am 26./27. September 2013 in Dessau-Roßlau
Jürgen Gies und Martina Hertel (Hrsg.)
Bd. 1/2014. 146 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-528-8

__ Expl. Kommunale Straßenbrücken – Zustand und Erneuerungsbedarf

Von Wulf-Holger Arndt u.a.
Bd. 6/2013. 140 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-527-1

__ Expl. Wirtschaftsflächen der Zukunft

Flächenentwicklung für wissensintensive Unternehmen.
Fachtagungsdoku
Daniel Zwicker-Schwarm (Hrsg.)
Bd. 5/2013. 140 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-525-7

Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe**__ Expl. „Nur wer sich ändert, bleibt sich treu“. Qualitätsentwicklung als Daueraufgabe in der Kinder- und Jugendhilfe**

NEU

AGFJ im Difu (Hrsg.)
2014. Bd. 95. 140 S., 19,- Euro
ISBN 978-3-88118-551-6

__ Expl. Grenzgänger, Systemsprenger, Verweigerer. Wege, schwierig(st)e Kinder und Jugendliche ins Leben zu begleiten

AGFJ im Difu (Hrsg.)
2014. Bd. 94. 212 S., 19,- Euro, ISBN 978-3-88118-550-9

__ Expl. Wenn ich Ihnen sage, dass nur Sie das können...

Empowerment in der Kinder- und Jugendhilfe
AGFJ im Difu (Hrsg.)
2014. Bd. 93. 132 S., 19,- Euro, ISBN 978-3-88118-549-3

Difu-Papers (für Difu-Zuwender auch als PDF)**__ Expl. Kommunale Wohnraumförderung in Deutschland – eine Momentaufnahme**

NEU

Von Franciska Frölich von Bodelschwingh und Ricarda Pätzold
2015. Ca. 28 S., Schutzgebühr 5,- Euro
Erscheint Januar/Februar

__ Expl. Wohneigentum als Chance für Stadtentwicklung und Integration

NEU

Von Bettina Reimann, Beate Hollbach-Grömig und Detlef Landua
2014. 16 S., Schutzgebühr 5,- Euro

__ Expl. Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum

NEU

Strategien und Maßnahmen zur Minderung sozial ungleich verteilter Umweltbelastungen
Von Christa Böhme, Thomas Preuß, Arno Bunzel, Bettina Reimann, Antje Seidel-Schulze, Detlef Landua
2014. 16 Seiten, Schutzgebühr 5,- Euro
(English print version also available for 5 Euro)

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis**__ Expl. Urbane Sicherheit**

NEU

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen
Holger Floeting (Hrsg.)
2015. Bd. 14. Ca. 400 S., zahlreiche Abbildungen
Ca. 39,- Euro, ISBN 978-3-88118-534-9, in Vorbereitung

__ Expl. Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung – Ein Handlungsleitfaden

Jens Libbe unter Mitarbeit von Klaus J. Beckmann (im Auftrag der Wüstenrot Stiftung)
2014. Bd. 13. 212 S., 29,- Euro, ISBN 978-3-88118-529-5

__ Expl. Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage.
Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013
Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-Eichstaedt
2013. Bd. 12. 466 S., 39,- Euro, ISBN 978-3-88118-508-0

Versandkostenpauschale: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Rechnungsadresse:

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Telefon/Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift:

Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei alle ein bis zwei Monate und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).

Difu-Arbeitshilfen**Expl. Datenschutz und Informationsfreiheit in der Kommune**

NEU

4., völlig neu bearbeitete Auflage
Von Martin Zilkens
2014. 208 S., inklusive Checklisten und Muster, 30,- Euro
ISBN 978-3-88118536-3

Expl. Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch

3. Auflage unter Berücksichtigung des
Innenentwicklungsgesetzes 2013
A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz, M.-L. Wallraven-Lindl
2013. 172 S., zahlreiche Satzungsmuster, 29,- Euro
ISBN 978-3-88118-526-4

Expl. Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007

Muster, Tipps und Hinweise
Von Marie-Luis Wallraven-Lindl, Anton Strunz, Monika Geiß
2011. 2., aktualisierte Auflage, 224 S., 35,- Euro
ISBN 978-3-88118-498-4

Expl. Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz
2010. 188 S., 30,- Euro, ISBN 978-3-88118-486-1

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch/nur als Download)**Expl. Innovative Öffentliche Fahrradverleihsysteme**

Ergebnisse der Evaluation und Empfehlungen
aus den Modellprojekten
Tilman Bracher, Martina Hertel u.a. (Bearb.),
BMVI (Hrsg.), BBBSR (Hrsg.)
2014. 24 S., kostenlos, vierfarbig, in Vorbereitung
Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=ST234X67>

Erstellung einer Geodatenbank aller Brücken und Straßen Deutschlands in kommunaler Baulast auf Basis von Open-Street-Map-Daten

NEU

PDF

Dokumentation der Arbeitsschritte und Beschreibung des
Ergebnisses
Von W.-H. Arndt, N. Döge, A. Fathejalali, R. Kämpfer
2014. 90 S., Download:
<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=VU90DFOG>

Neues Wohnen – Gemeinschaftliche Wohnformen bei Genossenschaften

NEU

PDF

Von R. Pätzold, A. Seidel-Schulze, G. Jekel, BBBSR (Hrsg.)
2014. 84 Seiten, kostenlos
Download: <http://bit.ly/1GjD4A3>

Expl. Radverkehr in Deutschland

NEU

PDF

Zahlen, Daten, Fakten
Difu und BMVI (Hrsg.), 2014. 40 S., zahlr. Abb., kostenlos
Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=XHBUO619>

Expl. Elektromobilität im städtischen Wirtschaftsverkehr

PDF

Chancen und Handlungsspielräume in den Kommunen
BMVI (Hrsg.), von Wolfgang Aichinger
2014. 72 S., Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=OL2YBAMK>

Expl. Gutachten 2013 zur Umsetzung der Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber

PDF

Difu und Schlange & Co. GmbH (im Auftrag des Informationszentrums Mobilfunk e.V.)
2014. 114 S., Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=AO36XYHE>

Expl. Klimaschutz & Beschaffung

PDF

Praktische Ansätze für Kommunen zur Förderung einer klimafreundlichen Beschaffung
Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz beim Difu (Hrsg.)
2014. 104 S., kostenlos; Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=564W0F8Lml>

Expl. Studie zur städtebaulichen Wirkungsweise des § 11 Absatz 3 Baunutzungsverordnung

PDF

Endbericht
Von A. Bunzel, D. Landua und W.-Chr. Strauss
2014. 142 S.
Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=QTD1V567>

Expl. Umweltverträglicher Verkehr 2050

PDF

Argumente für eine Mobilitätsstrategie für Deutschland
Von Tilman Bracher, Jürgen Gies, Jörg Thiemann-Linden und Klaus. J. Beckmann (beratend)
2014. 12 S. bzw. 152 S., im Auftrag des Umweltbundesamtes; Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=O1GIH56L> (Langfassung); <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=L50EYBRW> (Kurzfassung)

Expl. KfW-Kommunalpanel 2014

PDF

KfW Bankengruppe (Hrsg.)
Von Busso Grabow und Stefan Schneider
2014. 98 S.
Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=THKS956M>

Expl. Urbane Räume in Bewegung

Geschichte, Situation und Perspektive von Stadt
Difu (Hrsg.), 2013. 420 S., farbig, zahlreiche Abbildungen,
39,- Euro, ISBN 978-3-88118-522-6

Zeitschriften**Expl. Informationen zur modernen Stadtgeschichte**

IMS, Halbjahresschrift, Heft 2/2014
Stadt und Armut im langen 19. Jahrhundert
184 S., Einzelheft 12,- Euro
Jahresabo (zwei Hefte) 19,- Euro